

Der Versuch wurde von Hordenbeck zurückgewiesen, wie man voraussehen darf, unter volliger Zustimmung der namhaft erwähnten hannoverischen Abgeordneten, obwohl man eben deshalb hätte wünschen mögen, daß der Protest von ihnen selbst eingelebt worden wäre. Die Berührungsstücke, die Wagener aufzählte, sind übrigenstheilweise unzweifelhaft vorhanden, nur fallen die Konsequenzen doch wesentlich anders aus. Die Berufung auf den Budgetbericht von 1865 war besonders ungünstig, denn wenn derselbe eine Änderung des Steuersystems allerdingst ins Auge fasste, so war dieselbe doch am allerwenigsten so wie sie sich der Abg. Wagener zurechtlegte. Eine der wichtigsten damals gefassten Resolutionen lautete: „es ist eine gesetzliche Umwandlung der Klassen- und Einkommensteuer darin vorzunehmen, daß die Anzahl von Monatsraten, welche zur Deckung des Bedarfs zu erheben sind, innerhalb des gesetzlichen Maximums von 12 Monatsraten jährlich durch das Budget festgestellt wird.“ Stimmen die Konservativen erst einmal damit überein, so läßt sich weiter über Verständigung reden.

Der „K. Z.“ wird von hier berichtet: Das Bestinden des Königs hat sich in den letzten Tagen so günstig gestaltet, daß derselbe voraussichtlich in keiner Weise verhindert sein wird, bei dem Besuch des Bizekönigs von Egypten den Höflichkeitssichten der Gastfreundschaft zu genügen. Dagegen ist bis jetzt von der Festlegung eines bestimmten Termins für die beabsichtigte Reise nach Hannover u. s. w. nicht die Rede. Es soll von Seiten der Leibärzte gewünscht werden, daß der König nicht noch kurz vor der Brunnenkur in Ems sich den Anstrengungen einer solchen Reise unterziehe.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Hr. v. Schleinitz, ist am 4. und der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Hr. v. Düsberg, am 5. d. M. gestorben.

Der Ministerpräsident Graf Bismarck hatte, wie verlautet, Sonnabend Nachmittags eine längere Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst.

Der Generalkonsul Theremin in Alexandrien ist am Donnerstag aus Kairo hier eingetroffen und macht heute im anwältigen Amte, im Handelsministerium u. c. seine Aufwartung.

Ogleich der Reichstag bereits Sonnabend seine Arbeiten vollendet, soll der Schluß der Reichstagsession dennoch erst zugleich mit dem der Zollparlamentssession erfolgen und zwar wie die „Magd. Z.“ mitteilt, am 26. Juni. Die „B. B. Z.“, die im Wesentlichen diese Nachricht bestätigt, schreibt darüber:

Der Schluß soll erst nach Ablaufung der dem Zollparlament obliegenden Geschäfte erfolgen und es könnte, wie unterrichtete Personen annehmen, immerhin der Fall eintreten, daß, sobald das Zollparlament auf keinerlei Steuerbewilligungen sich eingelassen hat, der Reichstag vor seiner Entlassung noch einmal wegen der noch restirten Steuervorlagen angegangen wird. Die verbündeten Regierungen Norddeutschlands lassen gegenwärtig die ihnen vom Bundespräsidium zugegangene Steuer von Reisen auf Eisenbahnen im Finanzausschuß durchberaten und feststellen, so daß also von dem genannten Entwurf, wie vielfach geschehen, noch nicht definitiv abstrakt werden kann. Auf der andern Seite wissen wir freilich, daß der Bundesrat selbst nachgerade überzeugt ist, er werde seinen finanziellen Würfen, der Mehrbelastungen bezw. beim Reichstag durchbringen, und es steht zu erwarten, diese richtige Schätzung der Lage werde den Entschluß zur Reise bringen, alles weitere Experimenten mit Steuern endlich aufzugeben. Allein wir begegnen bei Personen, die der geldfördernden Instanz nahe stehen, dem Einwand, gerade die Eisenbahnsteuer werde, weil vorzüglich ausgedacht, leichter wie alle ihre Vorgängerinnen die Kunst des Parlaments gewinnen können, und darum gehöre der Versuch, sie dem Reichstag noch nachträglich plausibel zu machen, immerhin zu den Möglichkeiten. Ueberdies, wird weiter gesagt, siehe die gedachte Steuer auf dem Programm der Defizitsdeckung des Herrn v. d. Heydt, und es gesieht sich, von ihrem verhältnismäßig hohen Ertrag abgesehen, schon deshalb, sie gerade sowie alle übrigen Vorlagen distanzieren zu lassen. Wir registrieren das Alles nach Lage der Dinge mehr der Kuriosität halber, als daß wir gewillt wären, irgend ein Gewicht darauf zu legen. Auch die Steuer von Reisen auf Eisenbahnen hat, noch ehe man im Reichstage wußte, daß sie sogar auf das Reisegepäck ihr Augenmerk richtet, gerade so wie alle übrigen Entwürfe die ihr gebührende Abarbeitung gefunden, und die Opposition gegen sie kann aus den ihr beigegebenen Motiven nur neue Nahrung gewinnen. Man bezieht sich darin auf die exquisiten Erträge, die namentlich in England aus dieser Eisenbahnsteuer erzielt werden. Dass schon zu irgend einer Zeit ein preußischer Minister auf die Preßfreiheit und die Geschworenergerichte Englands verwiesen hätte, um sie in ihrem ganzen Umfang bei uns einzuführen, davon ist keinem etwas bekannt. Bloß die hohen englischen Steuern werden uns als nachahmungswert vorgeführt. Es ist leider nur zu wahr: schon die einzelnen Paragraphen der sämtlichen neuen Steuern ließen Alles zu wünschen übrig, allein die Motive zu den Gesetzen waren womöglich noch mangelhafter und wenn die Frage laut wurde, wer die Verfasser der Entwürfe gewesen sein möchten, so lag darin nichts weniger als Neugierde, sondern es wollte nur jeder wissen, ob unsere hohen Ministerbeamten bei der Redaktion beteiligt waren oder nicht. Viele grade von den Räthen, die als Kommissar in den Volksvertretungen fungieren, sind sehr begabte, lehrreichreiche, von „Reformpatroismus“ beherrschte Männer, die Mittelmäßiges zu leisten anker Stande sind. Wurden sie gleichwohl zur Verhinderung der Steuervorlagen herangezogen, mit denen sie bis dahin in keinem Kontrakt gestanden zu haben schienen, so war ihnen mehr, als sie zu leisten vermochten, angekommen worden, und es begeift sich, daß schon jetzt verlautet, es werde nach Beendigung der parlamentarischen Kampagne einer unserer besten Ministerialbeamten ganz aus dem Staatsdienst ausscheiden. Nach anderer Version beabsichtigen sogar mehrere dies zu thun.

Der betreffende Ausschuß des Bundesrats des Deutschen Zollvereins hat über die Vorlage des Präsidiums, die Änderung des Vereins-Zolltariffs betreffend, so eben seinen Bericht erstattet; über die Hauptmomente desselben kann heute nachstehendes Nähere mitgetheilt werden:

Die Vorlage des Präsidiums ist im Wesentlichen nur eine Wiederholung der gleichen im vergangenen Jahre gemachten Vorlage. Was den Bericht des Ausschusses betrifft, so ist zunächst zu bemerken, daß die vom Präsidium vorgeschlagene Besteuerung des Petroleum — in der Höhe des im vorigen Jahre in Vorschlag gebrachten Sages — vom Ausschuß einstimmig zur Genehmigung empfohlen wird. Die vom Präsidium in Vorschlag gebrachte Herabsetzung des Eingangszolls auf Reis — von 1 Thlr. auf 15 Sgr. pro Zentner — wird vom Ausschuß dagegen abgelehnt. Im vergangenen Jahre hat ganz dasselbe Verhältniß stattgefunden. Die Eisenzölle werden hinweiderum ganz nach dem vom Präsidium in Vorschlag gebrachten Sagen vom Ausschuß zur Annahme empfohlen. Von Seiten Mecklenburgs wurden noch niedrigere Zollsätze auf Eisen beantragt, doch wurden diese Vorschläge von dem Ausschuß abgelehnt. Dies sind die wesentlichen Punkte des Berichts; auf andere Punkte wird sich gelegentlich zurückkommen lassen. Nach den im vergangenen Jahre gemachten Erfahrungen kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Anträge des Ausschusses auch im Plenum des Zollbundsrats zur Annahme gelangen werden; andererseits liegt das Verhältniß jedoch in Bezug auf manchen Punkt dem Zollparlament gegenüber. Die Herabsetzung des Reiszolles ist schon im vergangenen Jahre, namentlich seitens der Norddeutschen Abgeordneten als eine Notwendigkeit erkannt worden, und was andererseits die Petroleumsteuer betrifft, so ist wohl nicht abzusehen, wie dieselbe sollte durchgehen können, nachdem sich inzwischen herausgestellt hat, daß die Besteuerung des Leuchtgas eine unausbleibliche Folge derselben sein würde.

Auf Grund eines Staatsministerialbeschlusses wird die Publikation der Gesetze und Verordnungen für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont in der Regel nur in dem waldeckschen Regierungsbüro erfolgen; eine gleichzeitige Veröffentlichung durch die preußische Gesetzesammlung soll nur dann erfolgen, wenn die Gesetze sich in ihrer Anwendung auch auf Preußen erstrecken.

Das neueste „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht folgende Berichtigung:

„Durch verschiedene Zeitungen geht die Mittheilung, daß bezügs Berichtigung der Militärs gegen Kriegsgefahr mit dem hiesigen Norddeutschen Lebensversicherungsbank“ ein Abkommen getroffen sei, nach welchem unter anderen auch eine Kontrolle über die durch einen Vertrauensrat geleitete Verwaltung des „Kriegsfonds“ durch die Staatsregierung gehandhabt werden soll. So viel wir erfahren, hat die Bildung des „Vertrauensrates“ aus dem in einem Artikel der „Königlichen Zeitung“ näher bezeichneten Personen nicht stattgefunden; außerdem können wir aber auch jene Mittheilung insofern als eine ganz unrichtige bezeichnen, als das Kriegsministerium in der Sache völlig fern steht und auch fern bleiben wird, da es selbst beabsichtigt, in nächster Zeit einen Plan zur Gründung einer eigenen, auf Gegenleistung beruhenden Lebensversicherungsbank für Militär zur Ausführung zu bringen.

Dasselbe Blatt veröffentlicht nachstehende Veränderungen bei den Beamten der Militärverwaltung: Die Ober-Lazareth-Inspektionen, Rechnungsprüfungshof in Minden und Schmidt in Münster in den nachgesuchten Ruhestand versetzt. Die Lazarethinspektion Tannmann von Gneisen nach Minden, Trost von Tilsit nach Gneisen, Löwenberg von Magdeburg nach Tilsit, Roy von Koblenz nach Swinemünde, Krause von Swinemünde nach Osnabrück, Meyer von Osnabrück nach Stargard in Pomm., Borchert von Stargard nach Münster, Iserhorst von Hannover nach Magdeburg, Thies von Saarbrücken nach Koblenz, Behrens von Frankfurt a. M. nach Saarbrücken und der Proviantamt-Kontrolleur Kühl in Danzig in der Eigenschaft als Reserve-Magazin-Rendant nach Bonn verlegt. Dem Zahlmeister des 1. Westpr. Kür. Regt. Nr. 5, Ritter, ist der nachgesuchte Abschied mit Pension bewilligt.

Bei den diesjährigen Herbstübungen werden mit Ausschluß des ersten und zweiten Armeekorps, welche bekanntlich Königs-Manöver haben, die einzelnen Divisionen, 18 an der Bahl, bei der Linie unter Theilnahme der gesammten verfügbaren Feldartillerie nach der Vorchrift, jedoch mit der Maßgabe mandiriren, daß auch während des für die Manöver in der ganzen Division bestimmten ersten dreitägigen Beobachtungs Quartierwechsel, beziehentlich Biouaus stattfinden können. An den eintägigen Übungen jeder Division nimmt auch eine Abteilung des beigefügten Train-Bataillons Theil. Die Übungen, auch die des Garderkorps, sollen möglichst bis zum 15. September beendet sein. Die Linien-Kavallerieregimenter können ihre Regimentsübungen vom nächsten Monat ab dann und wann halten, wogegen sie erst im Herbst zu inspizieren sind; die Ausbildungszeit aber soll durch Bestätigungen nicht gestört und unterbrochen werden.

Wenngleich der „K. Z.“ die Gesetzentwürfe, betreffend die Entschädigungen für Beschädigungen der Räume, nicht die Annahme des Reichstages gefunden hat, so sind die mehrfachen Verhandlungen über diesen Gegenstand doch nicht ohne Resultat geblieben. Der Reichstag hat sich der Klagen der zahlreichen Beteiligten in dieser Frage durch die von ihm gefassten Beschlüsse angenommen und wird dies voraussichtlich auch in der nächsten Session thun, bis das betreffende Gesetz zu Stande gekommen sein wird. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution verlangt von den Regierungen die Vorlegung des Gesetzes in der nächsten Session. Daß diese Vorlegung erfolgen wird, soll, wie der „K. Z.“ von hier geschrieben wird, einem Zweifel nicht unterliegen. Der Gesetzentwurf ist bereits ausgearbeitet; einem früheren Einwurfe, daß erst das preußische Expropriationsgesetz zu Stande gekommen sein müsse, ist Seitens der Regierung fürrichtig entgangen. Das Prinzip der Entschädigung ist anerkannt. Sonach ist die begründete Hoffnung vorhanden, daß diese wichtige, brennende Frage in der nächsten Session ihre definitive Lösung finden wird.

Die „Protestantische Kirchenzeitung“ schreibt in ihrer letzten Nummer:

„Die Thätigkeit des Herrn Predigers Knak ist nicht bloß auf die Geschäftigkeiten seiner Synode gerichtet. Auch in weiteren Kreisen führt er sich verpflichtet, die Kirche vor Unheil zu bewahren. So wird uns jetzt mittheilt, daß derselbe an die Synodalgenossen des Predigers Richter in Marktendorf die Auflösung habe ergehen lassen, „dieselben möchten sich zu einem öffentlichen Bezeugnis gegen Prediger Richter wegen seines Auftritts in der Dezemberdebatte im Abgeordnetenhaus vereinigen.“ — Darauf entgegnet die „Kreuzzeitung“: Das hiesige Organ des Protestantvereins verdächtigt hiermit den Pastor Knak, in ein fremdes Amt hinaufzutreten. Die Grundlosigkeit dieser Anklage ergibt sich aber aus dem Umstände, daß Pastor Knak als Seelsorger der böhmisch-lutherischen Gemeinde in Rixdorf derselben Synode Detmold angehört, deren Mitglied auch der bekannte Prediger und Abgeordneter Richter ist. Einer Einladung des Superintendents zu einer außerordentlichen Synodalkonferenz hatte Pastor Knak wegen einer Verhinderung nicht Folge leisten können, und in dem Briefe, in welchem er sein Ausbleiben entschuldigte, zugleich erklärt: Es sei seine Absicht gewesen, gegen den Prediger Richter eine Anklage zu erheben; da er selber nicht erscheinen könne, bitte er die Synodalgenossen, sich mit ihm zu einem Bezeugnis gegen dessen Auftritt in der bekannten Dezemberdebatte des Abgeordnetenhauses zu vereinigen. Das ist der einfache Hergang der Sache (und Beflächtigung dessen, was die „Prot. Kirchenzeitung“ sagt).

Die Nachricht über die vor einigen Tagen stattgefundenen Beurlaubung des Geh. Reg.-Raths Bitelmann berichtet die „B. B. Z.“ dahin:

Zunächst ist, wie aus offiziöser Quelle angeführt wird, Hr. Bitelmann keineswegs unfreiwillig von seinem Amt entbunden worden, sondern es ist ihm auf seinen ausdrücklichen Antrag ein vierwöchentlicher Urlaub erteilt worden. Ferner fungiert derselbe gar nicht als oberer Leiter der Preß-Angelägenheiten im Staatsministerium; eine solche Funktion existiert dort gar nicht, die selbe gehört vielmehr lediglich zum Ressort des Ministers des Innern. Noch weniger ist Hr. Bitelmann spezieller Redakteur des „Staats-Anzeigers“, wie ein einfacher Blick auf die Unterschrift, welche dieses Blatt trägt, beweist. Hr. Bitelmann hat als Kurator nur die Geschäftsführung des „Staats-Anzeigers“ zu überwachen.

Bekanntlich hat der Hilfsverein für Ostpreußen, der unter dem Protektorat des Kronprinzen stand, sich aufgelöst. Der „Bürger- und Bauernfreund“ bemerkte dazu:

Wir sehen die Aufhebung des Hilfsvereins als verfrüht an, da, abgesehen von vielleicht in manchen Kreisen noch vorhandener und wieder zu erwartender Not, die Not in allen Kreisen Ostpreußens sofort wieder da sein wird, sobald die Regierung auf Abzahlung der Notstandsdarlehen nach dem Wortlaute des Gesetzes bestehen bleibt, wie man es nach einzelnencretulationen leider erwarten muß. Hr. Präsident Maurach würde dabei ein gewichtiges Wort mitsprechen, und wäre uns Ostpreußen ein Hilfsverein, an dessen Spitze der Thronfolger stände, als Gegengewicht gegen die Ausführung des Notstandsgeges dann sehr erwünscht.

Düsseldorf, 4. Juni. In der Gladbach-Affäre bei Gelegenheit einer durch Fritz Mende abgehaltenen Volksversammlung wurden gestern 16 Zeugen vernommen. Wie es heißt, wird die Sach, welche mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, im Juli vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt werden.

P. B. C. Hannover, 4. Juni. Eine eigenhümliche Taktik zu ihrer Operation beobachtet die welsche Partei, um dem unbefangenen Publikum das hannoversche Volk und dessen früheren König Georg gleich einer sich innig liebenden Familie vorzuführen. Bereits seit dem Jahre 1866 ist es Brauch, daß jedes Gespräch im hannoverschen Lande, welches seine goldene Hochzeit feiert, vom früheren König eine Bibel zum Geschenk bekommt; geschieht irgend ein Unglück z. B. ein Brand oder dergl., sofort wird von den offiziösen Organen der Welse angezeigt, welche Summe zur Linderung der Not von Hiesing aus beigesteuert wurde. Nach alle diesem könnte man glauben, daß der unglückliche Fürst ein recht theilnehmendes Herz für fremdes Unglück habe; leider aber scheint sich dies nicht in dem Maße bestätigen zu wollen, wie so häufig berichtet wird, und die Unterstützungen, welche täglich aus Hiesing eintreffen, müssen wohl anderweitig verwendet werden. Es fällt ein sonderbares Licht auf diese Unterstützungselder, wenn, wie dies jetzt ge-

schieht, von den Hilfsbedürftigen dieselben geradezu in Abrede gestellt werden. Beispieleweise verzichtet der „K. Z.“, daß die 300 Thlr., welche der König den Abgebrannten der Stadt Zellerfeld zu Theil werden ließ, weder vom Magistrat, noch dem Unterstützungskomitee oder sonst einer Behörde in Empfang genommen würden. — Der Großherzog von Mecklenburg wird nächster Dienstag, den 8. d. M. in Zelle eintreffen, um die dort stehenden Truppen zu besichtigen.

Niels, 5. Juni. Die „Nieler Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben der Regierung an den hiesigen Handels- und Industrieverein, worin es heißt, daß die Regierung werde bezüglich des Gesetzes, betreffend die Annahme fremden Papiergeldes, soweit dasselbe auch dänische Nationalbanknoten verbiete, neue Ermittlungen anstellen.

Dresden, 5. Juni. (Tel.) In den Landtag sind ferner gewählt worden: Bürgermeister Streit (Zwickau), Stadtrath Krüger (Freiberg), Stadtrath Uhle (Glauchau), Advokat Lempke (Werdau), Advokat Mansfeld (Schwarzenberg), Advokat Körner (Eugenfeld), Stadtverordnetenvorsteher Clemm (Plauen).

Chemnitz, 5. Juni. (Tel.) Im hiesigen Wahlkreise ist Professor Biedermann (Leipzig) zum Landtags-Abgeordneten gewählt.

Darmstadt, 5. Juni. (Tel.) Die „Darmstädter Zeitung“ publiziert in ihrem amtlichen Theile den unterm 9. April v. J. zwischen dem Norddeutschen Bunde und Hessen die Besteuerung des Branntweins und Bieres betreffenden Vertrag. Die Bestimmungen über die gleichartige Besteuerung des Branntweins treten in den nicht zu dem Norddeutschen Bunde gehörigen Theilen Hessens am 1. Juli d. J. in Kraft.

Aus Mitteldeutschland, 4. Juni. Nach glaubwürdigen Mittheilungen des „K. Z.“ fürchtet man jetzt in Rom, daß in dem Konzil sich sehr unliebsame Stimmen für Abstufung von Missbräuchen in der katholischen Kirche und für Veränderungen, selbst für Abschaffung des Zölibats vernehmen lassen möchten, die um keinen Preis gehörig werden sollen. Für die Abschaffung des Zölibats sollen sich namentlich in Frankreich und in Ungarn, aber auch in Deutschland, gewichtige Stimmen, selbst im Klerus, schon vernehmen lassen. In den preuß. Provinzen lebt übrigens mit Erlaubnis des Papstes bereits seit Jahren ein katholischer Priester in der Chiesa, aus welcher er zwei Kinder besitzt, und steht in großer Achtung bei seiner Gemeinde. Er stand früher in Schlesien, trat da zur deut.-katholischen Kirche über, heirathete, erzeugte Kinder, wünschte aber nach einiger Zeit wieder in den Schoß der röm.-katholischen Kirche und in ein Parvaat derselben zurückzutreten, ging deshalb selbst nach Rom zum Papste und erlangte die Wiederanstellung, jedoch in einer anderen Provinz, und die Erlaubnis, Weib und Kinder bei sich zu behalten. (Der Sachverhalt dürfte wohl nicht ganz richtig wiedergegeben sein. D. Red.)

Österreich.

Wien, 5. Juni. Aus Prag kommt der „Debatte“ eine interessante Nachricht zu. Wie ihr nämlich berichtet wird, wollen sämtliche Protestanten in den Böhmen durch eine besondere Manifestation ihre Zustimmung zur bekannten jüngsten Erklärung des Wormser Protestantentages anlässlich der in dem päpstlichen, auf das ökumenische Konzil bezüglichen Schreiben enthaltenen Auflösung an die Protestanten, sich mit den Katholiken zu vereinen — an den Tag legen, und soll deshalb das Projekt aufgetaucht sein, zu diesem Beipfle die Idee eines allgemeinen österreichisch-ungarischen Protestantentages anzuregen.

Wien, 6. Juni. Wie die „Presse“ vom heutigen Tage meldet, unterhandelt der egyptische Minister Nubar Pascha hier nicht allein wegen Neutralisierung des Suezkanals, sondern auch wegen des Abschlusses eines österreichisch-egyptischen Handels- und Schiffahrtsvertrages. — Hiesige Blätter melden aus Bukarest, daß die rumänische Regierung bereit sei, wegen der am Bord des Dampfers „Madagys“ verübten Bekleidung der österreichisch-ungarischen Flagge durch den Präfekten in Galatz die verlangte Genugthuung zu leisten.

Linz, 5. Juni. (Tel.) Der Bischof Rudigier wurde heute durch Gerichtsdienner pr. Wagen nach dem Landesgericht zum Verhör geführt.

Lemberg, 4. Juni. Der Erzbischof des griechisch-katholischen Ritus, Spiridon Biwinowicz, ist heute gestorben.

Frankreich.

Paris, 4. Juni. Herr v. Lavalette hat sich sehr beruhigt gegenüber den Diplomaten ausgesprochen, die gestern bei seinem Empfang erschienen waren. Seine Versicherungen bezüglich der friedfertigen Politik Frankreichs sind seinerseits aufrichtig gemeint, zumal die Regierung Angehörige der so entschieden friedlichen Bestrebungen des Landes es kaum wagen dürfte, einen Krieg anzuregen, selbst wenn sie es wünschte. Das Interesse, das sich an die bevorstehenden engeren Wahlen knüpft, ist ein so lebhafte, daß man von gar nichts Anderem sprechen hört. Die Regierung behauptet, sie werde wenigstens dreißig bis sechszig Prozent beim zweiten Wahlgange gewinnen. Nach der Berechnung der Oppositionsblätter würden fünfzig Wahlen günstig für die Gegner der Regierung und nur neun zu Gunsten der letzten ausfallen.

Der „Tempo“ theilt über die klerikalen Wahlumtriebe im Departement des Oberheins gegen den protestantischen Kandidaten Hrn. Hartmann Folgendes mit:

Der Pfarrer zu Liepvre lädt sich in einem gegen letzteren veröffentlichten Pamphlet zu der Drohung gegen alle Protestanten Frankreichs hinreichen: „Protestanten! Ihr seid bei uns hier in Frankreich, wie wir in Preußen bei euch sind. In Frankreich gebietet euch euer Interesse, einen verschönen Kandidaten zu ernennen, welcher mit aller Kraft die weltliche Gewalt des Papstes stützt. Der Papst ist der Baum, ihr seid der Ephen, wenn der Baum fällt, geht ihr zu Grunde.“ Das ist nicht alles. Der liberale Kandidat ist von der Kanzel herab angegriffen. Das „Journal von Colmar“ sagt hierüber: „In Predigten, die darauf berechnet waren, die furchtamen Gewissen einzuschüchtern, ward Hr. Hartmann als ein Revolutionär, Freimaurer und Atheist hingestellt, der alle Religionen vernichten und ganz besonders den Sturz des Papstes wolle. Diesejenigen, welche ihn stimmen würden, segnen ihr Seelenheil in Gefahr, denn alle Absolution würde ihnen streng verweigert werden. Die Frauen wurden aufs dringlichste eingeladen, ihre Männer abzuhalten, für einen Kleriker zu stimmen, und die Wähler aufgefordert, sich direkt von der Kirche nach der Wahlurne zu begeben, damit ihre Abstimmung noch unter dem Eindruck der fanatis

in Betreff der Wahl des Erzbischofs von Freiburg unterstüzt habe. Er möchte dem Publikum gar zu gern einreden, daß es dieserhalb zu Auseinandersetzungen zwischen dem Kabinett und der preußischen Regierung gekommen sei, und vergebens haben verschiedene Blätter ihn dahin belehrt, daß die letztere bei der Sache interessirt sei, da mehrere preußische Sprengel dem Erzbistum Freiburg untergeordnet seien. Er wiederholt heute abermals sein Thema.

Nach einem Berichte des Marshalls Niel an den Kaiser, welchen das offizielle Journal mittheilt, wird eine Spezialkommission eingesetzt werden, die alle Fragen bezüglich auf die Konstitution von Algerien untersuchen soll. Ihre Arbeit wird beim Beginn der nächsten Session dem Senat vorgelegt werden. Der Bericht sagt:

Die Kommission soll den Wünschen Rechnung tragen, welche die Kolonisten kundgegeben haben, so wie den Interessen der Einwohner, und überhaupt sich nach den vom Kaiser in seinem Schreiben vom 20. Juni 1865 ausgesprochenen fortgeschrittenen Ideen richten. Den Vorsitz wird Marshall Niel, der frühere Kriegsminister und vormalige Generalsouverain von Algerien, führen. Die Hälfte der Kommission wird aus Militärpersönlichkeiten bestehen. Der Graf de Leon, welcher der Agrar- und Kommission vorstand und in der letzten Sitzung des gesetzgebenden Körpers die algierische Frage mit so vieler Sachkenntnis und Offenheit behandelt, ist nicht Mitglied der Kommission, woraus man schließen darf, daß seine Anfände und Vorschläge nicht zur Geltung kommen werden. Im Übrigen hat der Marshall Niel zwei Hauptfragen bereit, seit Seite gesetzt; denn in seinem Bericht sagt er, daß die besonderen Umstände es verbieten, den Einwohnern Algeriens alle die Freiheiten des Mutterlandes zu gewähren, und daß man auf die Einwohner unmöglich die Gesetzgebung der französischen Gesellschaft anwenden könne. In Bezug auf diese letztere will er nur untersuchen lassen, mit welchen Mitteln die Sitten durch eine nähere praktische Verhüttung an den französischen Institutionen etwa umgewandelt werden können.

S p a u i e n.

Madrid, 1. Juni. Nach mehrfachem Aufschub ist die feierliche Bekündigung des Staatsgrundgesetzes auf den nächsten Sonntag, und zwar gleichzeitig in der Hauptstadt wie in den Provinzen, anberaumt worden. Die Föderation, mit welchen die Abgeordneten morgen ihre Unterschrift unter die Verfassungsurkunde setzen und die sie als Andenken an das denkwürdige Ereignis bewahren sollen, werden eben hergestellt, und zwar aus Silber mit elsenbeinerner Spize. Wir wissen nicht, wird der König, geschrieben, was Figuerola zu dieser Ausgabe sagt; aber könnte sich das düstlige Spanien den sparsamen Schatzkästen des reichen Englands auf einen Tag borgen, so würde der den Abgeordneten statt 354 silbernen Föderation wahrscheinlich einen einzigen Gänselfiel zur gemeinschaftlichen Benutzung in die Hand drücken, höchstens mit der großmütigen Erlaubnis, sich je eine Tasche aus dem Barte der Föderation als Erinnerungsstückchen mitzunehmen. Am Montag wird den Cortes der Auftrag vorgelegt werden, dem General Serrano, Herzog de la Torre, die Regenschaft zu übertragen. An den jetzigen Kriegsminister Prim tritt dann die heikle Aufgabe heran, das neue Ministerium zu bilden. Einer progressistischen Abgesandtschaft, die sich unter Arquigas Führung bei ihm eingefunden hatte, um die überwiegenden Anrechte ihrer Partei (zu der ja auch Prim selbst gehört) zu betonen, gab er zur Antwort, daß er an dem Verhöhnungs-Manifeste liegt wie in Zukunft festhalten werde und in dem Ministerium die drei Parteien der monarchischen Mehrheit, Progressisten, Unionisten und Demokraten, vertreten zu sehen wünsche.

Für die Festlichkeiten, welche die Bekündigung der Verfassungsurkunde begleiten sollen, sind 3 Tage, vom 12. bis zum 14. Juni, angesetzt. Am ersten Tage wird in der Atocha-Kirche ein Te Deum gefeiert werden, welchem die Abgeordneten, die hohen Beamten, die Offiziere der Besatzung und der Freiwilligen beiwohnen; am zweiten Tage geschieht die Enthüllung der Denkmäler Mendizabals, des ehemaligen Finanzministers und obdachlos vielgewandten Staatsmannes; auf den dritten Tag ist die Einweihung des Pantheons für Spaniens große Männer in der früheren Kirche San Francisco el Grande anberaumt. Die Errichtung dieser Ruhmeshalle ist schon unter Isabella vorgeschlagen, aber erst jetzt auf Zorrilla's Anregung hin in Ausführung gebracht worden. Zu der bevorstehenden Feier sollen die Überreste vieler Berühmtheiten nach Madrid gebracht werden, so Alfons des Weisen, Guzman des Guten, Churruca, Marianas. Die Aufnahme in das Pantheon kann erst 50 Jahre nach dem Tode des Betreffenden erfolgen, damit der Wahrspruch sich auf ein abgklärtes Urtheil der Geschichte stützen könne. Während solcher Maßen die Verfassung unter festlichem Jubel eingeführt werden soll, ist man auf anderer Seite schon mit der Ausarbeitung eines neuen Staatsgrundgesetzes beschäftigt. Die Republikaner, sanguinisch wie immer, glauben sich nämlich ihrem Ziele so nahe, daß ihr Landesausschuss, welchem die Abgeordneten dieser Farbe kraft ihrer Stellung angehören — das Comite nacional republicano —, sich an die Berathung einer der bundestaatlichen Form entsprechenden neuen Gebietseintheilung, Verfassung und Finanzwirtschaft gemacht hat.

I t a l i e n.

Florenz, 5. Juni. In der Deputiertenkammer übergab der Abg. Lobbia der Kammer versteigerte Dokumente, welche die Bestechlichkeit eines Deputierten in Betreff der Tabaksregie darlegen sollen. Die Kammer beschloß einstimmig, den Antrag auf Untersuchung in Erwägung zu ziehen und die Akten einem Komitee zu übergeben.

Der "Pall Mall Gazette" wird aus Rom geschrieben: Der römische Hof ist mit Russland wieder versöhnt. Der Palast der russischen Gesandtschaft wird wieder in Ordnung gesetzt und wird bald von einem fröhlichen Gesandten bewohnt werden. Die Beziehungen der päpstlichen Regierung zu Österreich dagegen werden von Tag zu Tag kritischer. Graf Trauttmansdorff erwartet, zurückberufen zu werden, und hat daher seine Beglaubigungsschreiben noch nicht überreicht. — Sonderbarer Weise seien auch der Marquis de Banville und Baron v. Arnim, trotz der guten Beziehungen ihrer betreffenden Regierungen zum päpstlichen Stuhle, ihren Aufenthalt in Rom als ungewiss an. Ersterer hat sich mit dem Marquis de La Fayette, dem Chef seines Departements, entzweit und Baron v. Arnim hat es mit dem Kardinal Antonelli dermaßen verdorben, daß dieser sich in Berlin über ihn beschwert. Daher halten beide Gesandte

ihre Abberufung für wahrscheinlich.

Der Prinz Bonaparte, Bruder des Kardinals, ist mit seiner jungen Frau nach Paris gereist. Wie es heißt, wird binnen 5 bis 6 Wochen der Kardinal ihm nachfolgen und sodann mit dem französischen Hofe nach Ajaccio reisen, wo er bei dem hundertjährigen Geburtstage Napoleons I. das Hochamt halten soll. Der Kardinal führt in Rom ein sehr eingezogenes Leben, er theilt Almosen aus, pflegt den Kirchengesang, in wel-

hem er sehr stark ist, und hat Tag und Nacht einen Beichtiger um sich, um sofort beichten zu können, wenn er in Ansehung fällt. Es ist das sicherlich nicht die Haltung eines Mannes, der nach der päpstlichen Würde strebt.

Großbritannien und Irland.

London, 3. Juni. Ein heftiger, glücklicher Weise örtlich beschränkter Aufruhr störte gestern Abend die Ruhe der nordwalisischen Stadt Mold, in der Grafschaft Flintshire. Man berichtet: Acht Arbeiter der Kohlenzeche Leeswood waren wegen eines Angriffes auf den Grubenverwalter Young bestraft und zwei von ihnen zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Diese beiden wurden vom Gerichtssaal unter starker Deckung zu dem Bahnhofe gebracht; eine Kompanie Infanterie und eine starke Schar von Polizisten begleiteten sie, weil die Polizeimenge Unstatten machte, die Gefangenen zu befreien. Zu Tausenden schwoll der Haufe an, schleuderte Steine auf Polizei und Militär und zerstörte das Telegraphengebäude, zu welchem einige Soldaten ihre Zuflucht genommen hatten. Von dem Eisenbahnzug, auf welchen die Gefangenen gebracht wurden, blieb kein einziger Fenster unzerstört; doch gelang es, die beiden fortzuschaffen. Bald darauf wurde die Aufrührer verlesen, und als die Angriffe noch nicht aufhörten, begann das Militär, welches bis dahin große Langmuth bewiesen hatte, auf die Menge zu feuern. Zwei Leute blieben auf dem Felde tot, zwei andere erlagen bald darauf den Wunden. Ein Soldat wurde schwer verwundet und leichtere Verletzungen waren sehr zahlreich. Um 9 Uhr herzte noch gewaltige Aufregung in der Stadt; es wurde nach Chester um eine Verstärkung von 100 Mann Soldaten telegraphiert.

London, 6. Juni (Tel.) In dem gestern abgehaltenen Meeting von Mitgliedern des Oberhauses, in welchem über die irische Kirchenbill berathen wurde, sind bestimmte Beschlüsse nicht gefasst worden. Mehrere Redner, darunter Lord Derby, befürworteten absolute Verbewaffnung, andere erklärten sich für Amnestierung. Andererseits verlautet: Lord Harrowby, wird Verbewaffnung beantragen und durch Derby sekundirt werden; dagegen werden Salisbury und Carnarvon sich darauf beschränken, Amnestierung zu befürworten. Die Konservativen erwarten eine Majorität von 80 Stimmen. Im Falle der Verbewaffnung dürfte Gladstone das Parlament vertagen und zum Juli wieder einberufen, um die Bill von Neuem einzubringen. Auch wird versichert, daß die Eventualität eines Peerschubs von dem Premierminister ins Auge gefaßt worden sei.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 5. Juni. (Tel.) Die "Turquie" glaubt, indem sie die Reise des Bizekönigs und die Einladungen zur Gründung des Suezkanals und die Bemühungen wegen Neutralisierung desselben bespricht, daß die Souveränitätsrechte des Sultans in jeder Weise gewahrt werden müßten. Die "Turquie", deren Offiziellität jedoch in Zweifel zu ziehen ist, spricht den Wunsch aus, der Sultan möge seinerseits Einladungsschreiben erlassen. — Daud Pascha ist mit der seitens der Pforte unter geringen Abänderungen erfolgten Ratifikation des Uebereinkommens über den Bau der rumelischen Eisenbahnen nach Paris abgereist.

Bukarest, 6. Juni. (Tel.) Prinz Otto von Bayern, welcher kurze Zeit hier zum Besuch verweilte, hat seine Reise nach Konstantinopel heute fortgesetzt. — Der Minister des Innern, Cogalniceanu, machte in der Deputiertenkammer die Mittheilung, daß die Regierung Vorlagen in Betreff der Judenfrage einbringen werde; er forderte die Kammer auf, Bewußtsein eingeender Prüfung der schwierigen Frage eine Kommission zu ernennen. — Die Kammer erklärte sich damit einverstanden, daß die Offenehmische Eisenbahn früher als innerhalb zweier Jahren in Betrieb gesetzt werde und daß die Zahlung der Zinsen sofort erfolge.

Alexandria, 5. Juni. Ein Engländer, Namens Powell, dessen Frau, Kinder, Diener und zwei Missionäre sind von Abissiniern ermordet worden.

Griechenland.

Athen, 4. Juni. Der König wird in der nächsten Woche beabsichtigt Gründung der Deputiertenkammer hierher zurückzukehren.

Norddeutscher Reichstag.

53. Sitzung.

Berlin, 5. Juni. Eröffnung um 10 Uhr. Am Thron des Bundesrates: Delbrück mit zahlreichen Kommissaren.

Der Gesetzentwurf wegen Befreiung des Haushaltsetsatzes für 1868 wird mit der Überschrift: "Gesetz, betreffend die anderweitige Feststellung der Matrikularbeiträge zur Deckung der Gesamtausgaben für das Jahr 1868" in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Für die dritte Berathung des Wechselstempelsteuergesetzes hat Abg. Dr. Becker seinen Antrag aus der zweiten Lesung wiederholt (von 33½ Thlr. oder weniger ½ Sgr., bis 66½ Thlr. 1 Sgr., bis 100 Thlr. 1½ Sgr.). Harkort die Stempelfreiheit der Wechsels unter 50 Thlr. event. von 10 Thlr. und weniger beantragt; endlich hat Abg. Lienau eine Reihe neuer Bestimmungen vorgeschlagen, die mit denen des Abg. Hinrichsen in der zweiten Lesung fast identisch sind.

Präsident Delbrück erklärt sich im Namen des Bundesrats mit der Fassung des Gesetzes, wie sie in der zweiten Lesung beschlossen, einverstanden, aber gegen die Amendements, von denen die zwei ersteren die Einschaltung des Bundes aus dem Wechselstempel schmälern würden, während die Anträge des Abg. Lienau in der Kommission abgelehnt und in der zweiten Lesung gar nicht zur Sprache gekommen sind. Eine Vermehrung der Einnahmen wird durch das Gesetz überhaupt nicht bewirkt, sondern die bisherigen werden nur in die Bundeskasse geleitet. Das dritte Amendement ist in seiner Tendenz nicht zu bekämpfen, aber es entspricht der Sachlage mehr, an den Beschlüssen der zweiten Berathung nicht mehr zu ändern.

Abg. Wagener (Neu-Stettin): Ich will bei Gelegenheit dieses neuartigen Gesetzes unser Standpunkt zu den gesetzten Steuervorlagen darlegen, um uns dagegen zu verteidigen, als wären wir unseren bewährten finanziellen Standpunkt aufgegeben.

finanziellen Standpunkt aufgegeben, als wären wir diesenigen, die das Land belasten wollen und als wären Sie (links) diejenigen, auf denen die Hoffnung des Landes beruht.

Wir sind durch Ihre Haltung nicht überzeugt, denn Sie ist nur eine Konsequenz der Resolutionen, die 1865 unter der Initiative des Hrn. v. Borckebek gefaßt worden sind. Ich bin überzeugt, daß nur zwei der damaligen Forderungen unerfüllbar geblieben sind, und daß Sie diese jetzt auch noch durchsetzen wollen: eine Reduzierung der Matrikularlast und eine Quotisierung der direkten Steuern. Auf die der preußischen Finanzverwaltung gemachten Vorwürfe komme ich nicht zurück, denn der Abg. Lasker ist mit seinen Angriffen ja zuletzt zu einem fast komischen Resultat gekommen. Er hat erst mit Mühe den Finanzminister finanziell totgeschlagen und sowie er das für gethan hielt, änderte er seine Taktik und sagte: de mortuis et absentibus nisi bene, es ist Alles falsch, was ich gesagt habe, denn die preußischen Finanzen befinden sich gar nicht in einer so schlechten Lage. (Widerspruch links.) Ich habe der preußischen Finanzverwaltung den schweren Vorwurf zu machen, daß sie geglaubt hat,

die Nationalliberalen, die früher preußische Fortschrittsleute waren, würden die Erfüllung ihrer Postulaten länger ausschieben, als der Druck der Ereignisse verlangte. Ich glaube aber, daß wir uns sehr wohl mit den Herren verständigen können, die auf dem Standpunkt der Herren v. Bemmisch und Miquel stehen. Wir erlernen mit diesen an, daß es in seiner Weise feststeht, ob wir es mit einem dauernden Defizit zu thun haben, daß man dauernde Steuern nur für dauernde Zwecke bewilligen darf, daß das Defizit ein preußisches ist und daß der Reichstag nur im Einverständnis mit

dem preußischen Landtag vorgehen darf, daß der uns vorgelegte Finanzplan nicht so abgeschlossen ist, um als System gelten zu können; aber durch die Erklärungen des Bundeskanzlers ist er so vervollständigt worden, daß er nicht weiter mißverstanden werden kann. Wir akzeptieren vor Allem das Budget, daß Sie bereit sind, ein wirkliches Defizit zu decken, und daß dem indirekten Steuersystem den Vorzug geben. Wir unterscheiden uns von diesem Standpunkt nur dadurch, daß wir aus diesen Vordergründen andere Schlußziehen. Wir fassen diese Steuervorlagen als erste Andeutung einer beabsichtigten Änderung des ganzen Steuersystems auf. Sie werden doch zugeben müssen, daß wir schon jetzt mit einem verstärkten Etat wirtschaften, der aus Baarbeständen Deckung sucht und die notwendigsten Ausgaben beschränkt muß, daß dieser Etat nicht noch ein Jahr fortgeschleppt werden kann, ohne die Interessen des Landes zu schädigen. Es wird aber immer das Verhältnis zum preußischen Landtag vorgeführt. Meine Herren, wir sagen Ihnen: Alle hier und es ist nicht zu bezweifeln, daß was hier angenommen ist, auch die durchgeht; denn die Übernahme preußischer Matrikularkosten auf den Bund ist identisch mit der Deckung des preußischen Defizits. Sie sind also genötigt zuzustimmen, wenn Sie nicht auf einer Erhöhung der direkten Steuern bestehen, sondern mit uns darauf übergehen wollen, die Lasten auf die indirekten Steuern abzuwälzen. Bleiben Sie also konsequent auch in Anerkennung der Sache, die der Budgetbericht von 1865 auspricht, in Beziehung der Bußgeld zu den direkten Steuern. Auch bin ich überzeugt, daß das preußische Herrenhaus dazu niemals seine Zustimmung geben würde, das ist eine Sache, die Niemand von uns für eine Brücke ansehen wird. Außerdem aber richte ich meine Worte an die Herren, die schon seit längerer Zeit mit uns dahin treiben, Preußens Eintretungen vom Bürokratismus zur Selbstregierung überzuführen. Jede Finanzfrage ist eine Regierungsfrage, die aus dem Stadium der Gemüthsruhe herausgetreten ist. Aber wollen Sie wirklich nach der Selbstregierung streben, so werden Sie doch zugeben müssen, daß Sie nicht billiger, sondern teurer ist, daß Sie zwar das Staatsbudget entlastet, aber die Kommune belastet. Es müßten dann also namentlich Grund- und Gebäudessteuer der Selbstverwaltung überwiesen und die Bedürfnisse des Staates überwiegend aus den indirekten Steuern befriedigt werden. Auch das hat jener Bericht anerkannt und gerade das erstreben wir hierdurch auch. Sie werden schon bei der nächsten ähnlichen Berathung gezwungen sein, uns näher zu treten. Es versteht sich von selbst, daß eine Steigerung der indirekten Staatsentnahmen eine Verminderung auf der anderen Seite bedingen würde. Eine solche Entlastung der Einnahmen aber ist ja schon z. B. in der Portoerhöhung beschlossen. Ich heiße nicht der Vorwurf, als wollten Sie Ihre politische Machtstellung hierbei erweitern; dazu sind Sie nicht kraftstätig genug; denn jede dem Bunde übertragene Steuer wird ja dem preußischen Verfassungsparagraphen 109 entzogen. Sie sind aber am Geldbeutel empfindlicher, als in ihrer parlamentarischen Machtstellung, ein Fehler, den Sie immer der Unterpartei vorgeworfen haben. Aber Ihre ganze Meinung glaube ich erst darin zu finden, daß Sie deswegen keine dauernden Bewilligungen machen wollen, weil Sie 1871 bei der neuen Regelung des Militärateils diese Fragen noch zu verwerthen gedachten. Wir stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt, denn die gegenwärtige politische Situation verbietet eine Verminderung des Militärbestandes noch auf längere Jahre. Wir wollen Ihnen deshalb jede Gelegenheit abschneiden, diese beiden Fragen mit einander zu verbinden und wir wollen Sie deswegen zu einem offenen Bekenntnis darüber nötigen, ob Sie den Vorlagen aus finanziellen oder aus politischen Gründen widersprechen. Deswegen bitte ich Sie in der Erwartung, daß die Beschlüsse der zweiten Berathung auch heute werden gefaßt werden, diese Sache nicht in heftiger Parteidiskussion zu behandeln, sondern unter dem Gesichtspunkt, wie wir jeder glauben unserem Vaterland am besten zu dienen und wie wir dauernd am besten die Interessen Preußens und des Bundes fördern. Denn nichts könnte die Stellung des Bundes mehr schädigen, als wenn der Zweifel möglich wäre, daß preußische Parteidifferenzen im Stande wären, die Befriedigung der Bedürfnisse des Bundes zu verhindern. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Ewald: Mr. H.! Ich brauche nicht ausführlich auszudenken, wie über diese indirekte Steuer von meinen Wählern aufgenommen werden wird, da die annexirten Länder schon sonst durch die neuen Steuern sich nur zu sehr überburdet finden. Ein anderes Hierhergehöriges ist es, worauf ich Ihre Aufmerksamkeit mit wenigen Worten hinstellen möchte. Wenn die direkten Steuern unter allen Umständen vielleicht eingehen, auch unter Belagerungssständen, auch im halben oder ganzen Kriege, wie wir das in Hannover erlebt haben noch neulich, so verlangen die indirekten Steuern und vorzüglich diese besondere indirekte Steuer, bei welcher wir hier gerade stehen, Ruhe und Frieden, Sicherheit und Sicherheit nach außen und nach innen. Wie es nun mit der Sicherheit in Norddeutschland nach außen steht, darüber wird Ihnen wohl der Herr Bundeskanzler, wie ich voraussehe, die gehörige Aufklärung gegeben haben (Hinterleit), ich brauche nicht darüber zu reden. Was aber die innere Sicherheit betrifft, so möchte ich, als erst ganz neulich in dem Mittelalter der annexirten Länder erwähnt, als einer, mit welchem gleichsam der frische Hauch der wahren Stimme meines wichtigen Wahlkreises in diese hohe Versammlung eingezogen ist, als solcher möchte ich Sie gar bitten, nicht so einseitig auf die Stimmen zu hören, welche bei der ersten Berathung dieser Steuergesetze in dieser hohen Versammlung laut wurden, als ob nämlich in den annexirten Ländern zwar gegenwärtig eine gewisse Mithälfte besteht, aber nur hervorgerufen durch Missgriffe einzelner Behörden, als ob aber diese Mithälfte soviel vielleicht in einem oder zwei Jahren. Sind denn die wahren Ursachen dieser Mithälfte so dunkel, daß man eine solche Vermuthung so leicht erheben könnte? oder ist das Geräusch in dieser großen Hauptstadt so groß, daß die Klagen und Sufzer jener Länder — ich meine nicht die unterdrückten, stift, welche jetzt ungefähr nur zum Himmel aufsteigen können, nein, ich meine die Klagen, welche sogar bei fast vollständig unterdrückter Riede und Preßfreiheit dennoch laut werden (Murren), daß diese Klagen, sage ich, auch in dieser hohen Versammlung so unbeachtet und so wenig gehört werden sollten? Aber die Privilegien dieses Hauses selbst werden fortwährend angetastet, denn mag man das zu den ungeschriebenen Gesetzen rechnen, aber gewiß gehört es doch zu den Grundbedingungen und daher zu den Grundsätzen einer so hohen Versammlung wie diese, daß die Wahlen in sich durchaus frei seien, daß weder die hohe noch die niedrige Polizei mit ihren Drohungen oder mit ihren Thäterschaften oder auch nur durch die Begünstigung einzelner Parteien, z. B. der Nassalleaner, sich in einmischen (Unruhe), daß die Wahlprogramme jeder Partei ungefähr veröffentlich werden können. — Präsident: Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß er auch nicht entfernt mehr bei der Sache ist, als erst ganz neulich in dem Mittelalter der annexirten Länder erwähnt.

(Sehr richtig!) Abg. Ewald: Ich komme gleich auf die Sache zurück. Präsident: Darum müßte ich auch dringend bitten, denn ich halte mich dem Herrn Redner, der ein neues Mitglied unserer Versammlung ist, gegenüber zu verbinden, ihn auf die Bestimmung unserer Gesetzesordnung aufmerksam zu machen, wonach, wenn zwei Mal ohne Erfolg der Redner zur Sache gerufen ist, das Haus auf Aufrufung des Präsidenten in der Lage ist, ihm das Wort zu entziehen. Ich bitte fortzufahren.

Abg. Ewald: Nur noch dieses — der Stachel, von dem ja in diesem Hause selbst, wie ich hörte, die Rede war, sitzt zu tief, weit tiefer, als etwa die oberflächliche Beobachtung oder der besangene Parteidank ist einbilden mag, und alle die Verüchte (der Präsident erhält sich) — und das möchte ich noch sagen, ich bin gleich zu Ende — (Heiterkeit), welche man gemacht hat, um diesen Stachel wie aus der Lipe des Löwen herauszureißen, mit Gewalt herauszureißen, sie werden nur immer mehr diesen Stachel in das gesündete und bunte Fleisch hineintreiben. Aber, m. H., indem ich dieses bedenke, ist es mir vorgekommen, als ob die beste Art, diesen Stachel hier aus der Lipe des Löwen herauszureißen, wohl von Niemandem besser in dieser hohen Versammlung schon angegeben sei, als von dem Herrn Bundeskanzler selbst, indem er vor einigen Wochen dieser hohen Versammlung eine erhabene, ich möchte sagen, eine hohe Vorrede auf den Partikularismus hielt. Nun muß ich zwar bedauern, daß mit den Umwälzungen und den Neuerungen des Jahres 1866... (Große Heiterkeit) Präsident: Ich mache den Herrn Redner zum zweiten Male aufmerksam, daß er sich durchaus von unserem Gegenstande entfernt. — Abg

find eine ungetheilte Partei. (Austimmung Seitens der Nationalliberalen.) Wer sich mit den Abg. v. Bennigsen und Miquel verträgt, der verträgt sich mit den Nationalliberalen überhaupt. Wenn der Abg. Wagener ferner den Bericht der preußischen Budgetkommission vom Jahre 1865 zitiert, so überseht er, daß derselbe gegen Steuererhöhungen überhaupt gerichtet war. Das einzige Motiv für die verlangte Steuererhöhung, die größte, die je gefordert wurde, seitdem Preußen eine Vertretung hat und die zugleich eine politische Krise höchsten Ranges darstellt, ist ein Defizit, von dem man nicht weiß, ob es ein dauerndes und über dessen Natur und Bedeutung auf eine Denkschrift des Finanzministers hin nicht zu urtheilen ist, am wenigsten im Reichstage, denn es geht die preußische Finanzverwaltung und den preußischen Landtag an.

Abg. Lienau motiviert unter großer Unruhe den ersten seiner Anträge zu § 1, daß auch die vom Inlande auf das Ausland gegogenen, nur im Ausland zahlbaren Wechsel, sofern sie vom Aussteller direkt in das Ausland remittirt werden, und sofern sie nicht vom Ausland ins Inland zurückgeführt werden, tempelfrei sein sollen.

Abg. Müller (Stettin) empfiehlt diesen Zusatz, zumal Präsident Delbrück ihm prinzipiell nicht entgegen ist; desgleichen Abg. Ros, weil er im Grunde keine Neuerung enthält, während B. C. Burghardt ihn eingehend zurückweist. Der Antrag Lienau wird abgelehnt, desgleichen der Prinzipal-Antrag Harkort in namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 44 Stimmen; desgleichen sein eventueller Antrag.

Den Antrag Becker zu § 2 (v. o.), den Pesse empfiehlt, bittet Präsident Delbrück dringend im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes abzulehnen und sich nicht mit dem bedenklichen Trost zu begnügen, daß der finanzielle Ausfall wohl nicht so groß sein werde, wie man fürchte. Den Ausfall genau zu berechnen vermöge Niemand, wohl aber wisse man aus Erfahrung, wie heuer solche Bestimmungen schließlich zu stehen kommen.

Auch dieser Antrag wird abgelehnt und das ganze Gesetz unverändert in der Fassung der zweiten Berathung genehmigt.

Schließlich will Abg. Mende in einer persönlichen Bemerkung die Schmähung, die ihm als Lassalleianer durch die Bemerkung des Abg. Ewald widerfahren, zurückweisen; aber Präsident Simson unterbricht ihn. Abg. Schweiger: Wenn Herr v. Rothchild einen Angriff auf Frankfurt in einer peripherischen Bemerkung zurückweisen könnte, so muß dasselbe dem Abg. Mende bei einem Angriff auf die Lassalleianer frei stehen. Präsident Simson: Der Abg. v. Rothchild ist der einzige Vertreter Frankfurts in diesem Saal und ich liege ihm seine Bemerkung machen unter ausdrücklicher Genehmigung des Hauses, nachdem gegen die Gemeinde Frankfurt ein Vorwurf ausgeprochen war. Ich fand in der Auferkunft des Abg. Ewald weder eine Beleidigung des Abg. Mende, noch fügt derselbe hier im Hause als Vertreter der Lassalleianer.

Es folgt die dritte Berathung über die Einnahmen des Staats und das Staatsgesetz für 1870.

Prä. Delbrück: Als das Haus die Beschlussfassung über die Einnahmen des Staats ausgestellt, wurde es von dem Gesichtspunkte geleitet, daß es zur Feststellung dieses Staats einer genaueren Einsicht in die Einnahmen bedürfe, welche aus den Gesetzen über die Aufhebung der Portofreiheiten und die Wechselstempelsteuer zu erwarten seien. Der Nachweis über die zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Porto ist Ihnen in einer Denkschrift bereits zugegangen; es erübrigts, daß ich Ihnen die voraussichtlichen Ergebnisse der soeben festgestellten Wechselstempelsteuer kurz darlege. Ich schicke voraus, daß es an sicherer Elementen zur Beurtheilung des Ertrages fehlt, daß der Anschlag also nur aufzufassen ist als ein Versuch, auf Grund früherer Erfahrungen, die wahrscheinlichen Ergebnisse zu berechnen; eine zahlenmäßige Begründung ist dabei nicht zu geben. Die Gesamteinnahmen aus der Wechselstempelsteuer sind veranschlagt auf 1,400,000 Thlr.; davon sind für das Jahr 1870 an die Kassen der Einzelstaaten 36 Prozent, das sind 504,000 Thlr., abzugeben; es verbleiben also für die Bundeskasse 896,000 Thlr. übrig. Diese Summe würde dem Etat der Einnahmen hinzutreten und von den Matrikularbeiträgen in Abzug zu bringen sein, die sich dadurch auf 24,858,723 Thlr. vermindern. Wie sich diese Zahl auf die Einzelstaaten repartirt, darüber behalte ich mir eine spätere Vorlage vor. Ein Bedenken, das gegen den sofortigen Abschluß des Staats etwa noch erhoben werden könnte, muß ich entgegentreten. Da die Regierungen berücksichtigen, das Bundesoberhandelsgericht baldmöglichst ins Leben treten zu lassen, so wird Ihnen noch ein vorläufiger Etat für dasselbe vorgelegt werden; der Betrag ist aber im Verhältniß zu der Gesamtsumme des Staatshaushaltstages so gering, daß die Feststellung des leichteren deshalb nicht weiter hinausgeschoben werden braucht, der Etat des Oberhandelsgerichts vielmehr einfach als Nachtrag zum Etat behandelt werden kann.

Abg. Hinrichsen fragt, auf welchen Grundlagen die soeben mitgetheilten Zahlen über die Erträge der Wechselstempelsteuer beruhen.

Prä. Delbrück: Eine ziffernmäßige Begründung des Anschlages läßt sich nicht geben. Er ist dadurch gefunden, daß man die preußischen Einnahmen aus früherer Zeit, wo man dieselben noch nachweisen konnte, zu Grunde gelegt und in Relation gesetzt hat zu dem größeren Gebiete, auf welches das soeben berathene Gesetz Anwendung finden soll. Von der dadurch gewonnenen Zahl müßten nach ungefährer Schätzung diejenigen Beträge abgezogen werden, die sich aus dem Befall der früher unvermeidlichen Doppelbesteuerung und aus der theilweise geringerer Belastung der Wechsel über 50 Thlr. ergeben, während andererseits eine gewisse Summe für die Besteuerung der Wechsel unter 50 Thlr. hinzugefügt werden müßte. Ich gebe zu, daß die aufgestellten Zahlen ansehnbar sind, ich warne Sie aber, größere Summen anzunehmen und in Rechnung zu stellen, als in der Wirklichkeit erzielt werden.

Abg. Hinrichsen glaubt, daß die veranschlagten Beträge die Wirklichkeit bei Weitem nicht erreichen.

Abg. Lasker hofft, daß der späteste Termin für das Inslebenten des Handelsgerichtshofes der 1. Januar 1870 sein werde und bedauert, daß die Regierungen noch nicht einen spezialisierten Etat vorgelegt haben, ohne dessen Feststellung die Konstituierung des Tribunals unmöglich sei.

Prä. Delbrück: Die Regierungen sind natürlich von der Unterstellung ausgegangen, daß ein solcher Etat noch vorher vom Reichstage festgestellt werde, und da der leitere heute noch nicht geschlossen wird, vielmehr seit hat, zwischen den Beratungen des Sollparlaments sich noch zu versammeln, so kann er die Vorlage noch sehr wohl erledigen. Eine frühere Vorlegung des Anschlages war nicht zu ermöglichen, da es sich nicht allein um die Höhe der Gehälter, sondern auch um Erhebungen über den ungefähren voraussichtlichen Geschäftsumfang zur Feststellung der Zahl der Stellen handelt.

Abg. Mende: Das Staatsgesetz nötigt mich, die Abstimmung zu motivieren, die ich demselben angehören lassen will. Ich werde dagegen stimmen, weil es Ausgaben enthält, die ich nicht für zweckmäßig halte. Das Militär ist eine Sache, die das Volk nicht billigt (Heiterkeit), ich habe das Volk kennengelernt. (Große Heiterkeit) Ebenso wenig kann ich den Etat der Einnahmen zustimmen, denn die Einnahmen des Bundes sind Ausgaben für das Volk, das Volk aber hungert und schreit nach Brod und befindet sich gerade jetzt in einer Periode des Pauperismus, der es dahin treiben muß, solchen Beschüssen sich zu widerleben. Es ist wahr, ein Volk, das nicht Geld und Blut genug hat, um seine nationalen Aufgaben durchzuführen, ist nicht wert, eine Nation zu bejagen, wie aber haben Blut und Geld im Überschuß, wenn es sich um wirklich nationale Zwecke handelt, das hat das Volk 1813, 14 und 15 bewiesen, das hat es im Jahre 1866 bewiesen, wo es heldenmütig gekämpft hat. Im Jahre 1866 war das Volk mit der Regierung, aber die Regierung hat das Volk getäuscht, und nicht nationale, sondern dynastische Zwecke verfolgt; sie fürchtet sogar das Herz selbst, und hat ihm darum das Wahlrecht entzogen, damit es nicht Revolutionen und Pronunziamenlos mache, wie weiland in Spanien. (Große Heiterkeit) Diese Einnahmen würden für das Volk eine drückende Last sein, wer das sehen will, kann es sehen. Dem Volk mangelt Gerechtigkeit, und es steht hinter den Abgeordneten, die dieselbe für das Volk fordern. Ich bitte Sie deshalb, den Etat abzulehnen, und wenn ich auch nicht glaube, daß Sie diesem Wunsche Folge leisten werden (Mein! nein!), so wollte ich doch die Bitte ausgeprochen haben; vielleicht kommt eine Zeit, wo Sie und wo das Volk sich desfelben erinnert. (Große Heiterkeit)

Die Einnahmen werden hierauf in den einzelnen Kapiteln, als dessen zweites die Wechselstempelsteuer mit 896,000 Thlr. eingesetzt wird, genehmigt.

Zu dem Staatsgesetz, dessen § 1 lautet: „Der Bundeshaushaltsetat für das Jahr 1870 wird in Ausgabe auf 75,958,495 Thaler, nämlich auf 71,752,106 Thlr. an fortlaufenden, und auf 4,206,389 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, und in Einnahme auf 75,958,495 Thlr. festgestellt“, beantragt Abg. v. Hörkenberg in § 2 hinzu rufen:

Die den Einnahmen des Norddeutschen Bundes im Jahre 1870 in

folge des Gesetzes, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes, hinzutretende Mehrerträge der Postverwaltung werden auf 1,800,000 Thlr. veranschlagt und sind von den auf 24,858,723 Thlr. festgestellten Matrikularbeiträgen (Kapitel 7 der Einnahme) nach einem durch den Bundesraub vorläufig und unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichstages festzustellenden Bertheilungsmäßigkeiten in Abzug zu bringen.

Präsident Delbrück erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, der darauf, ebenso wie das Staatsgesetz im Ganzen, mit großer Majorität angenommen wird.

Für die dritte Lesung des Gesetzentwurfs, betr. die Besteuerung des Braunitweins beantragt Abg. Krüger folgenden Zusatz: „Sowohl die Ausschreibung einer neuen Braunitweinsteuer als überhaupt die Ausschreibung von neuen Steuern und Abgaben in Norddeutschland findet für diesen Landesteil keine Anwendung und werden suspendiert, bis die staatsrechtliche Stellung Norddeutschlands statthaft erledigt und geregelt ist.“ (Dieser Antrag wird jedoch nicht genügend unterstützt.)

Wir gehen auf das Detail der Debatte nicht zum dritten Male ein, sondern heben nur hervor, daß Abg. Sombart das Haus im Interesse der Landwirtschaft als den Grundlage alles Wohlbefindens, bittet, die Vorlage, wie sie in der zweiten Lesung beschlossen ist, anzunehmen, und daß auch der Abg. Diez die Annahme der Fabrikatsteuer empfiehlt, obwohl die in seiner Brennerie vorgenommenen Versuche mit dem Siemenschen Apparat ergebliche Unregelmäßigkeiten nachgewiesen haben, die der Bundeskommissar Scheele seiner Zeit durch Verstopfung des Rohres wohl ungünstig erklärt hat, denn es handelte sich um eine Differenz von 40,000 Prozent an einem Tage. Nachdem Präsident Delbrück sie über die Stellung des Bundesrates zu dem amendirten Gesetzentwurf dahin ausgesprochen, daß die Regierungen die dritte Berathung nicht abschneiden wollen, obwohl sie keine Neigung haben, die Fabrikatsteuer zugestehen, wenn die Steuererhöhung abgeworfen wird, zumal das Haus sogar eine Erhöhung der Exportvergüting beschlossen hat, — bittet Abg. v. Hennig die Regierungen dringend, die Reform der Steuererhebung nicht an die Steuererhöhung zu knüpfen. Nur durch diese Reform seien die Brennereien zu retten und mit ihnen der Flor unserer Landwirtschaft, der in Amerika und Russland gewaltige Konkurrenz erwachsen sind.

Prä. Delbrück: Die Regierungen haben das größte Interesse an der Reform der Braunitweinsteuer bewiesen, aber sie haben auch das Recht, wenigstens die bisherige Einnahme zu verteidigen und dürfen Angesichts der jetzigen Finanzlage, und nachdem alle Mehreinnahmen vom Reichstage abgelehnt sind, unmöglich in eine Verminderung der Einnahme um eine Million einwilligen, die Ihnen jetzt zugemessen wird.

Abg. Friedenthal erinnert daran, wie das Haus zur Erhöhung der Exportvergüting von 11 auf 12 Pf. kam: die Organe der Regierung gestanden selbst zu, daß die bisherige Bonifikation zu niedrig bemessen ist. Sollten die Regierungen daran Anstoß nehmen, so würde die Mehrheit von damals heute in dritter Lesung sicherlich den Beschluß der zweiten zurücknehmen.

Prä. Delbrück: Von der Einnahmeverminderung, die etwa 1 Million beträgt, würde auf die Erhöhung der Steuervergüting die Summe von 180,000 Thlr. entfallen. Für die verbündeten Regierungen würde sich damit nichts Erhebliches ändern.

§ 1, der die drei verschiedenen Besteuerungsreformen bezeichnet, wird mit sehr großer Majorität genehmigt.

Alinea 1 des § 2 in der Fassung der zweiten Berathung (3 Sgr. für jede 20 Quart des Kämmehalts der Mätschottiche und für jede Einmaulhalte, während die Vorlage die Erhöhung auf 4 Sgr. vorgeschlagen) wird genehmigt.

In Alinea 2 war eine Begünstigung zu Gunsten der kleinen Brennereien auf den Antrag v. Höverbeck angenommen, durch den Brennereien, welche nur vom 1. Oktober bis 31. Mai im Betriebe sind und an einem Tage nicht über 900 Quart, im Ganzen nicht über 178,200 Quart einmaulten. Da diese Begünstigung den Regierungen selbstverständlich sehr ungelegen ist, so kommt Abg. v. Hennig ihnen auch heute im Interesse der Vorlage durch Herauslegung der Biffer auf 120,000 Quart mit einigen Subsidenzen von ihm entgegen, durch welche die Aenderung auch dem Abgeordneten v. Höverbeck ziemlich akzeptabel wird. Bundeskommissar Scheele äußert sich über die Bedeutung dieser Amendmentierung ziemlich kleinlaut, und nachdem das Haus in Widerspruch mit seinem letzten Beschuß die Biffer von 120,000 Quart angenommen hat, erklärt Präsident Delbrück, daß die verbündeten Regierungen auf die weitere Berathung des Gesetzes verzichten. Damit ist auch die Erhöhung der Braunitweinsteuer gefallen.

Demnächst wird der Gesetzentwurf betr. die Gewährung der Rechtschafft in dritter Lesung unverändert wie in der zweiten genehmigt, nur die durch den Abg. Lasker zu § 40 zugefügten, den Zeugzwang betreffende Bestimmung wird heute abgelehnt, nachdem Bundeskommissar Pape dieselbe als dem Zustandekommen des Gesetzes hinderlich bezeichnet hat.

Die Debatte werden der Militärvertrag mit Baden (Abgeordneten Friedenthal widmet ihm heute warme Worte), der Antrag Wiggers, betreffend die Gleichstellung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürglicher Beziehung, und der Gesetzentwurf des Gr. Solms wegen Besteuerung des Braumalzes in Hessen in dritter Lesung genehmigt.

Schl. 2½ Uhr. Der Präsident ist, obwohl das Material des Reichstages zunächst erschöpft ist, nicht im Stande, schon heute zu sagen, wann die letzte Sitzung des Reichstages stattfindet. Etwa noch eingehende Vorlagen würde er zum Druck befördern.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. Juni.

— Da nach der neuen Subhastationsordnung den öffentlichen Kassen und Anstalten, welchen ein zur Subhastation gestelltes Grundstück zu Abgaben und Leistungen verpflichtet war, wieder eine Abschrift des Subhastations-Patents noch irgend eine sonstige Mitteilung der Gerichte über die Einleitung der Subhastation von Amts wegen zugeht, so macht die Regierung den königlichen Kassen zur Pflicht, vom 1. Mai d. ab jede Nummer des dem Amtsblatt beiliegenden Anzeigers einer sorgfältigen Durchsicht zu unterwerfen, von einem jeden in demselben veröffentlichten Subhastationspatente Notiz zu nehmen und das Nötige zu vollführen. Da übrigens Fälle eintreten können, in welchen das Subhastationspatent, statt durch den Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts, nur durch öffentlichen Aushang in der jeweiligen Ortsgemeinde, zu welcher das Grundstück gehört, bekannt gemacht wird, so sind die Ortssteuererheber durch die Kreislandräthe angewiesen worden, von einer jeden in demselben veröffentlichten Subhastationspatente Notiz zu nehmen und das Nötige zu vollführen. Da übrigens Fälle eintreten können, in welchen das Subhastationspatent, statt durch den Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts, nur durch öffentlichen Aushang in der jeweiligen Ortsgemeinde, zu welcher das Grundstück gehört, bekannt gemacht wird, so sind die Ortssteuererheber durch die Kreislandräthe angewiesen worden, von einer jeden in demselben veröffentlichten Subhastationspatente Notiz zu nehmen und das Nötige zu vollführen. Da übrigens Fälle eintreten können, in welchen das Subhastationspatent, statt durch den Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts, nur durch öffentlichen Aushang in der jeweiligen Ortsgemeinde, zu welcher das Grundstück gehört, bekannt gemacht wird, so sind die Ortssteuererheber durch die Kreislandräthe angewiesen worden, von einer jeden in demselben veröffentlichten Subhastationspatente Notiz zu nehmen und das Nötige zu vollführen.

— Saisontheater. In dieser Saison sind bereits eine Menge Gäste auf unserer Bühne aufgetreten, um schnell in Vergessenheit zu gerathen. Unser heutiger Gast, Fr. Lina Mayr, dürfte dieses Gesick nicht erleiden. Für ihr hiesiges Aufstreben ist man der Direktion zu Dank verpflichtet, denn ohne große Opfer wird es derselben nicht möglich geworden sein, die „feste Reichstagssoubrette“, die erst unlängst in Breslau gefeiert worden ist, dem hiesigen Publikum vorzuführen. Das Haus ist heute bereits ausverkauft, mögen daher diejenigen, die eine Soubrette erkennen lernen wollen, sich beeilen, zu den nur wenigen Plätzen zu reserviren.

— Der Rettungsverein war Sonntag früh 5 Uhr auf dem gewöhnlichen Übungsspiele neben dem Steigerthurn angetreten, und fuhr von hier mit Sprühen und Utenstückenwagen nach dem Feuerthurn Neubau an der Ecke der Mühlend- und Berliner Straße, indem angenommen wurde, daß in diesem Gebäude Feuer ausgebrochen sei, und der Brand bereits in dem Maße um sich gegriffen habe, daß die Treppen nicht mehr zu passiren seien. Auf der Brandstätte angelommen, ersteigten die Rettungsmanufakturen das Gebäude gleichzeitig von beiden Seiten, thiefs um Personen, welche sich noch in den oberen Stockwerken befanden, zu retten, thals auch, um von hier aus in nächster Nähe dem Feuer energisch zu Leide gehen zu können. An der einen Seite segten die Steiger Hakenleitern an und stiegen bis zum zweiten Stockwerk empor; ein weiteres Emporsteigen bis zum dritten Stockwerk war unmöglich, da ein stark hervortretendes Hauptgefims zwischen dem zweiten und dritten Stockwerken das Anlegen der Hakenleiter verhinderte. Auf der anderen Seite des Gebäudes wurde die von Herrn Zimmermeister Frese konstruierte Schiebleiter angelegt und mittels derselben gleichfalls das zweite Stockwerk ersteigten. Sodann wurden die Schläuche auf beiden Seiten des Gebäudes emporgezogen und mit den Feuerprisen in Verbindung gelegt; daselbe geschah mit einem dritten Schlauch, welcher durch die Thoreinfahrt des Nachbarhauses in der Berliner Straße hindurchgeleitet und von dort nach dem zweiten Stockwerk des des Gebäudes emporgewunden wurde. So waren denn alle Vorbereitungen getroffen, um von diesen drei Punkten aus das Feuer tödlich zu können. Es wurden ferner einige Mitglieder des Vereins mittels des kleinen Rettungssackes hinabgelassen, während andere sich dazu vom Direktor des Vereins, Hrn. A. Krzyzanowski, erfunden Antonine bedienten. — Die Übungen wurden von Herrn Krzyzanowski geleitet und sollen im Laufe dieses Sommers allmonatlich einmal an wirklichen Bauten wiederholt werden, einerseits um dadurch das Interesse sämtlicher Mitglieder des Vereins mehr zu erwecken, andererseits um die Steigerabteilung im Klitter nicht allein am Steigerthurn, sondern auch an anderen Gebäuden zu üben und dieselbe auf diese Weise mit allen möglichen bei Bränden vorkommenden Eventualitäten genügen vertraut zu machen.

— Das Berliner Thor, welches in seiner jetzigen Gestalt i. J. 1867 im Rohbau vollendet wurde, wird gegenwärtig sauber gefügt. Der Bau ist sowohl in Bezug auf das ganz vorzügliche dazu verwendete Material, als auch auf die außerordentlich saubere Arbeit als ein Meisterbau zu betrachten. Eigentümlich und bisher hier wohl noch nicht ausgeführt sind die teilartigen Gewölbe an den beiderseitigen Enden der Thor-Durchfahrt.

— Schulchronik. Aus dem neuesten amtlichen Schulblatt für die Provinz Polen entnehmen wir, daß nachstehende erledigte Schulstellen der Provinz zu besuchen sind. Die 3. Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Adelnau (130 Thlr. baar, 10 Thlr. für den Turn-Unterricht, freie Wohnung und Brennholz). Die Lehrerstelle an der kath. Schule zu Dobrowo, Kr. Bomst (70 Thlr. baar, 12 Schfl. 8 Mz. Roggen, 8 Schfl. 4 Mz. Gräben, 6 Morgen Land, freie Wohnung und Brennholz). Die 2. Lehrerstelle an der katholischen Schule zu Dobryca, Kr. Krotochiv (115 Thlr. baar, 20 Thlr. Wohnungsmittelentschädigung, 10 Mz. 12 Schfl. Schulland, freies Brennholz). Die Lehrerstelle an der evang. Schule zu Kr. um in en walde, Kr. But (90 Thlr. baar, 15 Schfl. Roggen, 2 Schfl. 8 Mz. Hafer, 1 Schfl. Stroh, 2 Mz. Garten, freie Wohnung und Brennholz). Die Lehrerstelle an der kath. Schule zu Rosskow, Kr. Plešen (64 Thlr. baar, 20 Schfl. 5 Mz. Roggen, 1 Schfl. 14 Mz. Weizen, 5 Schfl. 2 Mz. Gerste, 8 Mz. Schuland, freie Wohnung und Brennholz). Die Lehrerstelle an der kath. Schule zu Rostkow, Kr. Plešen (64 Thlr. baar, 20 Schfl. 5 Mz. Roggen, 1 Schfl. 14 Mz. Weizen, 5 Schfl. 2 Mz. Gerste, 8 Mz. Schuland, freie Wohnung und Brennholz). Die Lehrerstelle an der kath. Schule zu Rostkow, Kr. Plešen (64 Thlr. baar, 20 Schfl. 5 Mz. Roggen, 1 Schfl. 14 Mz. Weizen, 5 Schfl. 2 Mz. Gerste, 8 Mz. Schuland, sowie eine zeitweise Überflugszulage von 10 Thlr.). Die Lehrerstelle an der evang. Schule in Grodmanen, Kr. Schubin (65 Thlr. baar, freie Wohnung, Nutzung des Schullandes von 1 Mz. Garten, 2 Mz. Adler, 4 Mz. Wiese, 10 Schfl. Roggen, 8½ Schfl. Gerste und 4

lassen, und Sie wissen, daß ich mich niemals der Illusion hingegeben habe, ein vollkommener Bürgermeister zu sein. Ich habe mich stets gewissenhaft geprüft und habe mir oft sagen müssen, daß es mir hier und da gefehlt habe, so daß ich kaum wage, mir Alles das zuzueignen, was mir in so gütiger Weise gefügt worden ist. Ob diese Mängel diesen sind, welche zu dem über mich ausgesprochenen Verwerfungsurteil geführt haben, das beweise ich; das aber, meine Herren, kann ich nicht bezweifeln, und würden es, wenn es mir nicht ein berechtigtes Selbstgefühl sage, Handlungen der städtischen Vertretung, die der Zeit nach noch weit zurückliegen, beweisen, daß ein Gebot des städtischen Wohls, meiner Verwaltung ein Ende zu machen, mich in der Geschichte Brombergs, so weit wir sie kennen, zum ersten Bürgermeister, der einem Verdikt der Stadt zufolge seinen Platz zu räumen hat, zu machen, nicht begründet gewesen ist. Das, meine Herren, ist eine schwere Wunde, die in meiner Lebenszeit nicht verheilen wird. Sie aber, meine Herren, haben heute einen lindernden Balsam auf diese Wunde gelegt, der dann doch die Blutung stillen wird. Haben Sie Dank dafür, haben Sie insonderheit Dank für die ebenso zarte als würdige Weise, in welcher Sie Ihre Theilnahme mir zu erkennen gegeben haben, indem Sie ein Institut bedacht haben, dem meine lebhaftesten Bemühungen gewidmet gewesen sind, weil ich es als ein für die Stadt segnendes erkannt habe. Nehmen Sie meinen Dank und — ich bin ja dazu heute wohl berechtigt — auch für dieses Institut an. Seien Sie überzeugt, meine Herren, daß meine Sympathien stets der Stadt und Ihnen gehörten werden und daß ich Ihrer nie vergessen werde. Ich bitte Sie, meine Herren, mir auch ferner Ihr Wohlwollen zu bewahren.

Aus dem Gerichtsaal.

Posen, 6. Juni. Neben uninteressanten Diebstahlssachen wurde Freitag den 4. Juni c. eine Anklage gegen den Dienstjungen Heinrich Jesse aus Mur. Goslin wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Erfolge verhandelt. Der Thatbestand ist folgender: Am 17. Februar 1869, Vormittags, war der Angeklagte Jesse gemeinschaftlich mit den Dienstjungen Joseph Jagielski, Martin Goracznak und Valentyn Nowak auf dem herrschaftlichen Feld zu Pila mit dem Ausbreiten von Dünger beschäftigt. Valentyn Nowak fing während der Arbeit an, mit den übrigen Dienstjungen sich zu necken, wobei er zuerst den Jagielski, sodann den Goracznak zu Bodenwarf und schließlich auch den Jesse bei der Brust packte. Jesse forderte den 16-jährigen Nowak auf, ihn loszulassen und nicht von der Arbeit abzuhalten. Da aber Nowak nicht losließ, so packte ihn nunmehr auch Jesse an der Brust und beide rangen miteinander. Endlich bückte sich Jesse nach seinem Eisenen, mit einem hölzernen Stiele versehenen Spaten, den er während des Ringens neben sich auf die Erde geworfen hatte und hielt den Spaten am Stiele, während Nowak den eisernen Spaten fachte. Auf die Aufforderung des Angeklagten, den Spaten loszulassen, ließ Nowak den Spaten los und trat einen Schritt zurück. Der Angeklagte holte nunmehr mit dem Spaten aus und schlug den Nowak mit dem eisernen Theile auf den Kopf. In Folge der erhaltenen Verwundung starb Nowak am 22. Februar. Der Angeklagte war im Besitz geständig. Die Beweisaufnahme machte den Sachverhalt noch klarer, so daß es den Geschworenen leicht wurde, ihn schuldig auszusprechen. Die von der k. Staatsanwaltschaft angelegte und vor der Vereidigung lebhaft besurwortete Frage, wegen der Annahme mildernder Umstände, wurde von den Geschworenen ebenfalls bestellt. Hierauf wurde der Angeklagte zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt.

Bekanntmachung.

Im Monat Juni c. liefern nachbenannte Bäcker das Roggenbrot und die Semmel zu den angegebenen schweren Gewichten:

Brot à 5 Sgr.
Albert Radatzewski, St. Martin 64/65
Walbert Slabolepsky, Schröder-
Markt 15. 5 — .

Semmel à 1 Sgr.
Oskar Hein, Bergstraße 8. 17.

Im Übrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Backwaren-Tafeln verweisen.

Posen, den 5. Juni 1869.
Königliche Polizei-Direktion.
Strom.

Oberschlesische u. Stargard-Posener Eisenbahn.

Die Einlösung der am 1. Juli c. fälligen, sowie der früher fällig gewesenen, aber noch nicht verfallenen Sinstupos zu den Stamm-Aktien Litt. A. B. C. und den Prioritäts-Aktien resp. Obligationen Litt. A. B. C. D. und G. der Oberschlesischen, sowie der Binsupos resp. Dividendenscheine in den Stamm-Aktien der Stargard-Posener Eisenbahn findet in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. 1. Juli c. ab täglich.

2. vom 1. bis 14. Juli c.:

a) in Berlin bei der Kasse der Diskonto-Gesellschaft.

b) in Stettin bei dem Bankhause S. Abels jun.

c) in Leipzig bei dem Bankhause Frege & Comp.

d) in Hamburg bei der Norddeutschen Bank.

e) in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause M. A. von Rothschild & Söhne.

f) in Köln a. R. bei dem A. Schaaffhausen'schen Bank-Kreis.

g) in Darmstadt bei der Bank für Handel und Industrie, und

h) in Stuttgart bei den Hrn. F. Baum & Comp.

Die Binsupos sind mit einem vom Präsentanten oder Besitzer unterschriebenen, nach Kategorien der Aktien resp. Obligationen geordneten, die Stückzahl und den Geldbetrag angebenden Bezeichnungen zur Realisierung zu bringen.

Schriftwechsel und Geldsendungen finden nicht statt.

Breslau den 3. Juni 1869.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Montag den 21. Juni d. J.,

Vormittags 10 Uhr,
in dem Central-Bureau unserer Abtheilung II. hier selbst, am Oberschlesischen Bahnhof Nr. 7 (Germania) anberaumt, bis zu welchem die Öfferten frankirt und versteigert mit der Aufschrift:

Submission auf Erdarbeiten der Posener Thorn-Bromberger Eisenbahn

eingereicht sein müssen und in welchem auch die eingegangenen Öfferten, in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Submittenten, erfasst werden.

Die Submissionsbedingungen liegen in den Bau-Büros zu Posen, Budowitz, Gnesen, Trzemeszno, Mogilno, Inowraclaw und Bromberg, sowie im technischen Bureau unserer Abtheilung II. (Oberschlesischer Bahnhof Nr. 7) zur Einsicht aus und können in Letzterem auch in Empfang genommen werden.

Breslau, den 4. Juni 1869.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Aufforderung.

Zu der Gutsrächer Johann Bussches Konkursmasse gehören noch mehrere ausstehende bedeutende Forderungen, welche der Vermwalter bisher nicht begetrieben hat, weil sie seiner Angabe nach thils durchaus unbegründet sind, thils auf einem Scheingeschäft beruhen, thils wegen Vermögenslosigkeit der Schuldner nicht bejahrbar waren. Zur Beschlusffassung über die wegen dieser Forderungen zu ergreifenden Maßregeln in Gemäßheit der §§ 273 und folg. R.-D. ist Termin

auf den 25. Juni d. J.,

Morgens 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Konturs-Kommissar angezeigt.

Es wird sodann die Schlusserhebung erfolgen. Grätz, den 29. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Der Kommissar des Konturs.

Pellang.

Nothwendiger Verkauf.

Das zu Kempen, Schildberger Kreises, sub Nr. 275 belegene, der Handelsgesellschaft Fischer & Weinberg zu Kempen gehörige Wasser- und Dampfmühlengrundstück mit einem Flächeninhalt von 18 Morgen 14 Q. Ruten veranlagt zur Grund- und Gebäudesteuer inkl. einem Reinertrag und respektive Nutzungswert von 1179 Thlr. soll

am 10. August 1869,

Vormittags um 9 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhaftation versteigert werden.

Alle diejenigen, welche Eigentums- oder an-

dersweile, zur Wirtschaft gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfend

aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeldung der Praktikation spätestens im Versteigerungsstermine anzumelden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, Abschätzungen, und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, wie besondere Kaufbedingungen können im Bureau III. B. eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Bu-

schlags wird in dem daselbst am 10. Sep-

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 6. Juni. Der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen hat im Auftrage des Ministers von Selchow der Geh. Oberregierungsrath Schuhmann beigewohnt. Der Geh. Regierungsrath von Nathusius Hundisburg hat den Vorstand des Vereins mit Rücksicht auf seine jetzige Stellung im landwirtschaftlichen Ministerium niedergelegt. — Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten hat den Geh. Regierungsrath von Salviati beauftragt, die landwirtschaftliche Ausstellung zu Königsberg in Preußen zu besuchen und über dieselbe zu berichten. Derselbe wird bei dieser Gelegenheit auch verschiedene Besichtigungen in der Provinz Preußen vorzunehmen haben. — Von Seiten der Norddeutschen Kriegsmarine ist die Lieferung der Maschinen für die Panzerkorvette "Hansa", welche auf der Werft zu Danzig gebaut wird, kontraktlich der Maschinenbau-Aktiengesellschaft "Vulkan" in Stettin übertragen worden.

** Ein Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 8. Mai d. J. entscheidet: Derjenige, welcher gewerbsmäßig aus der den eigenen Grundstücken entnommenen Erde Ziegelsteine zum Verkauf anfertigt, ist nicht "Kaufmann".

** Nach einer im neuesten "St. Anz." enthaltenen Bekanntmachung des Chefs der Preußischen Bank vom 2. d. Mts. wird auf die für das Jahr 1869 festzulegende Dividende der preußischen Bank antheils-Scheine vom 15. d. Mts. ab die erste halbjährige Zahlung von 2½ Prozent oder 22 Thlr. 15 Sgr." für den Dividendschein Nr. 45 bei der Haupt-Bank-Kasse zu Berlin, sowie bei allen Provinzial-Bank-Kontoren erfolgen.

Königsberg i. Pr., 5. Juni. In der heute stattgehabten Generalversammlung der ostpreußischen Südbahn waren 88 Aktionäre anwesend und 4677 Stimmen vertreten. Den Aktionären wurde Mittheilung betreffs Fortsetzung der Bahn von Lyck über Bialystok nach Brest-Litewsk vom Verwaltungsrath gemacht und die dazu gestellten Anträge derselben färmlich angenommen.

Breslau, 6. Juni. (Tel.) Die Zufuhren zu dem morgen beginnenden Wollmarkte sind in erster Hand stärker wie sonst, die Beschaffenheit der Wollen läßt indeß in vielen Fällen zu wünschen übrig. Auf den Lägern haben bereits sehr umfangreiche Räume von rheinländischen, englischen, französischen und Hamburger Kaufern stattgefunden, bei denen sich der Abschlag für seine und schön beschaffte Wollen nur auf 5 bis 12 Thlr. beläuft.

Spremberg, 1. Juni. (Tel.) Wölle. Auf heutigen Wollmarkt wurden

den meist von benachbarten Gutsbesitzern nahezu 1000 Tr. Wollen zum Verkauf gestellt; doch waren auch Verkäufer aus entfernteren Gegenden anwesend. Die Wölle war meist nicht besonders; der Umsatz beschränkte sich bei den gedrückten Preisen auf ungefähr 130 Tr., für die zwischen 40—47 Thlr. erzielt wurden. (B. O. B.)

Nürnberg, 3. Juni. (Tel.) Hopfen. Die seit Beginn dieser Woche eingetretene kühle Witterung hat den Hopfenzweigen geschadet und die Berichte aus den Hopfendistricten laufen ungünstig, so daß Spekulationslust allenthalben Nahrung findet. Überall verlangen Eigner für ihre Vorräthe

höhere Preise und man hört häufig klagen, daß selbst der geringe Konsumbedarf am Markt wegen Mangel an Vorrath, in den Produktionsorten wegen zu hoher Preise, kaum zu decken ist. Seit einigen Tagen sind für Rechnung französischer Häuser und anderer Brauereien Primaorten, deren Mangel immer fühlbarer zu werden scheint, gesucht; man würde für Saazer, Spalter und bevorzugtes Spalter Land, für seine Hallertauer gute Preise verhängen, wenn sie zu haben wären. Das Exportgeschäft scheint gänzlich zu ruhen, Waare hierfür ist am Platze nicht mehr vertreten. Von den seit gestern realisierten Käufern sind Württemberger zu 20—23 fl., Spalter Land von 18—24 fl., Hallertauer von 24—30 fl., eine kleine Post geringe Waare zu 17 fl. angezeigt. (B. 3.)

Bermisites.

* Rom, 5. Juni. (Tel.) Die Teilnehmer der Stangen'schen Reisegesellschaft wurden heute von Sr. Heiligkeit dem Papste in besonderer Audienz empfangen. Dr. Kollmann hieß Namens der Mitglieder der Gesellschaft eine Ansprache in lateinischer Sprache, welche Sr. Heiligkeit in französischer Rede in gnädigster Weise erwiderte.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Dampfkessel-Feuerungen betreffend.

Bei dem bereits eingetretenen Stillstand in den Brennereien, erlaube ich mir die Herren Fabrik- und Gutsbesitzer, deren Betriebe nicht dem Betriebe entsprechen, oder zu viel an Brennmaterial verbrauchen, auf meine, durch bereits 16 Jahre ausschließlich in diesem Fach erprobte Kenntnis aufmerksam zu machen. Für diese Periode habe ich noch einige Zeit disponibel. Das Honorar wird nur dann entrichtet, wenn sich das Resultat der Anforderung und dem Versprechen gemäß herausgestellt.

J. Schwab, Architekt.
St. Martin 58.

Beachtenswerth.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Fuhrleute, welche Auftrag hatten, von mir Bier zu laden, es auf Zureden von Anderen genommen haben. Es gingen demzufolge Klagen bei mir ein über Biere, welche gar nicht von mir entnommen und bitte ich daher die werthen direkten und indirekten Konsumenten meiner Biere darauf zu achten, daß den Korken der Flaschenbiere, welche aus meiner Handlung hervorgehen, meine Firma eingebraunt ist. **Posen**, im Juni 1869.

Friedrich Dieckmann.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Neustraße Nr. 5 im Bazar.

Das zur A. Grabowski'schen Konturs-Masse gehörige Möbel-Lager welches in

Polstermöbeln und Möbeln verschiedenster Holzarten, fertiger Posterwaren, Spiegel in allen Dimensionen mit Gold-, Bronze- und Holzrahmen etc.

noch eine sehr reichhaltige Auswahl bietet, soll wegen nothwendiger Räumung der Geschäftsräume zu bedienten herabgesetzten Preisen ausverkauft werden.

Der Ausverkauf beginnt am nächsten Montag den 7. dieses Monats und findet an diesem, sowie an den folgenden Werktagen Vormittags von 10 bis 12 und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr statt.

Posen, den 4. Juni 1869.

Heinrich Rosenthal,

Verwalter der Masse.

Gehör- und Sprachfranken,

sowie den an Ohr-Nauschen, Bischen, Klingen, Klopsen und dergl. Leidenden, wird

Medicinalrath Dr. Schmalz

aus Dresden, welcher seit 39 Jahren mit den genannten Krankheiten ausschließlich sich beschäftigt und Ohren die ohne jede Belästigung der Kranken untersucht, vom 12. bis 17. Juni in **Posen** Rath ertheilen: 9—1 Uhr.

Bad Neuenahr

Zwischen Köln und Koblenz. Station Remagen.

am Rhein, im schönen, von Westen nach Osten laufenden Ahrthale. Alkalische Thermen, 18 bis 32° R., reich an Kohlensäure, mildlösend aber zugleich belebend; — auch klimatischer Kurort. Das Kurhotel (Hötelier Herr J. Gram) steht in direkter Verbindung mit den vorzüglichsten Bädern. Thermalwasser-VerSendungen nur in frischer Füllung. Niederlagen in fast allen renommierten Mineralwasser-Handlungen. **Neuenahr-Pastillen**, bewährt bei Magenleiden, per Schachtel 8 Sgr.

Während Vor- und Nachsaison in allen Hotels ermäßigte Preise.

Über chronische Frauenkrankheiten

bin ich von jetzt an des Nachmittags von 3—5 Uhr in meiner Wohnung zu konsultiren.

Dr. Lehmann,

Rudolph Rabsilber in Posen,

Breitestraße 20, Zärtelstraße 10, empfiehlt ergebenst seit 23 Jahren hier bestehendes

Speditions- und Verladungs-Geschäft

zur Übernahme von

Woll-Speditionen, Dampfkessel-, Maschinen- und Möbel-Transporten, sowie Abrollen von Wollen u. c. von der Bahn und auf Lagerschassen, unter Sicherung prompter und billiger Bedienung.

Während des Wollmarktes, Comptoir: Alten Markt und Breslauerstrasse-Ecke Nr. 60.

Hierdurch zeigen wir ergebenst an, daß wir heute mit dem Betriebe unserer hierselbst errichteten

Dampf-Spritzfabrik

begonnen haben und empfehlen wir das Etablissement den geehrten Konsumenten zur gef. Beachtung.

Unser nach den neuesten Erfahrungen verbesserter Sacellescher Apparat producirt einen hochfeinen, ganz reinschmeckenden Sprit bis 97 % stark, eine Gradation, die schwerlich übertragen werden dürfte. Sorgfältigste Expedition, sowie coulantele Bedienung haben wir uns zur besonderen Aufgabe gestellt, und hoffen wir dadurch unsere Marke bald in jeder Beziehung beliebt zu machen.

Posen, den 6. Juni 1869.

Gebr. Guttmann.

Comtoir: Kleine Gerberstraße Nr. 2.

Geschäfts-Eröffnung!

Vom 8. Juni dieses Jahres ab eröffne eine Salz-Niederlage hiesigen Orts, Schifferstraße Nr. 22, im Kleemannschen Grundstück, unter der Firma:

Wilh. Schwarz.

Indem ich dies Unternehmen einer geehrten Kaufmannschaft sowie den Bewohnern von Stadt und Umgegend zur genießenden Beachtung bestens empfehle, verspreche bei reeller und pünktlicher Bedienung die solidesten Preise.

Posen, im Mai 1869.

Wilh. Schwarz.

60 junge zur Zucht geeignete Schafe stehen zum Verkauf in Baranowo bei Kotelnica.

Ich kaufe Fettvieh, jeden Posten und jeder Gattung, wie jeden Posten Stroh u. Kartoffeln jeder Gattung, an allen Bahnhöfen abzunehmen, und bitte die geehrten Verkäufer ergebenst, mir vom Fettvieh Gewicht und Preis, von Stroh und Kartoffeln den Preis mitzuteilen und sich direkt an mich zu wenden.

Joseph Isaacsohn

in Zilehne.



Dom Koninko bei Posen hat 300 Fetthamml zu verkaufen.

Feuerfischerei Dachpappen von bewährter Dauerhaftigkeit, aus meiner seit bereits 14 Jahren bestehenden, mehrfach prämierten Fabrik, sowie Steinkohlentheer und Asphalt empfehle bestens, auch übernehme vollständige Pappbedachungen nach der anerkannt besten Deckmethode.

A. Krzyżanowski.

Auktion junger Buchthiere.

Montag den 28. Juni 1869,

11 Uhr Vormittags,

verabschiedige ich circa



50 sprungfähige South-

down-Völle,

50 junge Southdown-Schafe,

16 bis 20 Bullen und Bullenkälber, Shorthorn und Shorthorn-Kreuzung,

16 bis 20 Kühe, tragende Kalben und Kuhkälber, Shorthorn und Shorthorn-Kreuzung,

6 bis 8 Holländer, ungefähr 10 Monat alte Bullen- und Kuhkälber,

circa 20 Eber und Sauen der mittelgroßen, weißen, englischen Race,

auktionsweise zu verkaufen.

Vor der Auktion wird keines dieser Thiere abgegeben. Sie werden sämtlich zu minimalen Preisen angezeigt und für jedes Gebot ohne Rücklauf zugeschlagen.

Vom 10. Juni an werden spezielle Verzeichnisse auf Verlangen versandt.

Drehsa bei Pommeria an der Dresden-Görlitzer Eisenbahn, im Mai 1869.



Gebr. Salomons Weener, Ostfriesland.

Zur Annahme von Bestellungen auf Holländer-Zuchtvieh, als Kühe, Fersen, Stiere und 7-8monatliche Amsterdamer Kälber hält sich einer von uns von heute ab bis zum 10. d. Mts. in Mylius Hotel, Posen, auf. Schriftliche Bestellungen werden zu jeder Zeit entgegengenommen und Aufträge prompt ausgeführt.

Thonröhren von bestem Material, innen und außen glasirt, zu Brücken, Durchlässen und Wasserleitungen, neuerdings wieder auf der Ausstellung in Breslau prämiert, so wie feinstes Schmelz- und Begusköfen empfiehlt.

A. Krzyżanowski.

Amerikanische Konzert-Flügel

nach Steinway'scher Methode, das Neueste und Beste, das bis jetzt in Spielart und Ton erreicht worden, kreuzsaitig mit engl. Repetitions-Mechanik.

Stutzflügel mit engl. Mechanik gradsaig.

Pianinos verschiedener Bauart, hohe kreuzsaitige nach Steinway, schrägsaitige und kleine gradsaig, empfiehlt zu sehr billigen Preisen und ausgedehntester Garantie.

Die Pianoforte-Fabrik von Carl Ecke,

Posen, Magazinstr. 1, neben dem königl. Kreisgericht.

Auch ein sehr guter, gebrauchter Mahagoni-Flügel.

Kasirmesser und Streichrieme

bester Qualität empfiehlt die Messerfabrik und Schleifanstalt von C. Preiss, Breslauerstraße 2.

Den geehrten Herren

Architekten und Bau-Unternehmern

halten ihr größtes Lager weißer Hessen von 15 Thlr. an bis zu den feinsten Kaminsößen von 70 bis 150 Thlr. bestens empfohlen.

Bromberg, im Februar 1869.

Fielitz & Meckel,

Ofen-Fabrikanten.

Aus meiner Gusssteinfabrik empfehle Pferde- und Viehskrippen, Schweine- und Tränktöpfe, Springbrunnen, Vasen, Gartenbänke und Tische, Figuren u. w.

A. Krzyżanowski.

W. Schmidt jun., Hof-Friseur,

Berlin, Jerusalemerstrasse Nr. 15, Beletage, neben der Löwen-Apotheke, empfiehlt als das Dauerhafteste, Natürlichste und Leichteste die nur von ihm gefertigten

ganzen patentirten porösen Haartouren

ohne Feder und ohne Kleben für Herren und Damen, auf einer Gaze von weissem Menschenhaar.

Die Touren entsprechen allen Anforderungen. Die Haut scheint ungehindert durch, der Schweiß dringt gleich nach aussen und verdunstet, im Folge dessen bleibt der Kopf stets in gleicher Temperatur und ist gegen Erkältung geschützt. Der Scheitel schmutzt nie und kann beliebig gezogen werden.

Für Damenschelte ist dieser Stoff höchst praktisch, weil der Scheitelansatz nie sichtbar ist.

Auswärtige belieben das Maas einzusenden; a) Umfang des Kopfes, b) Länge von einem Ohr zum andern über den Vorderkopf; c) Länge von einem Ohr zum andern im Nacken, nebst Angabe der Haartracht und einer Haarprobe. Bei Platten ein der kahlen Stelle entsprechendes Papier-Muster. Exemplare zur Ansicht stets bereit. Nicht conveniente Arbeiten werden gratis geändert und umgetauscht.

Alle Arten von Haararbeiten für Damen werden gefertigt.

Jagd-Gewehre.

Fabrikat von Jos. Offermann,

Büchsenmacher in Köln am Rhein.

Einzigste Medaille in Bromberg 1868.

Einfache . von 2½ Thlr. an,

Doppelte . damasc. u. patent . 10½

Lefaucher . 22

Revolver, Büchsen, Jagdgeräthe jeder Art,

empfiehlt in großer Auswahl, bei 14-tägiger

Probe und jeder Garantie.

Joseph Offermann's Filiale,

Königsberg i. Pr.

Specialität Centrifugal-Dampf-Cali-

fornia- etc. Pumpen.

Pumpen. Amerik.

Gebr. Pützsch, Röhrenbrunnen

Berlin. ohne Brunnenkessel.

Waschkrystall

verkauft bei Abnahme von 10 Pfnd. à

4½ Sgr.

Adolph Asch,

Schloßstr. 5.

Kautschuk-Lack!

Gar zu häufig, wohl auch mit Recht,

wird Klage über die wenige Haltbarkeit

der Spirituslacke, welcher man sich zum Anstrich der Fußböden bedient, geführt.

Ich stelle es mir daher schon seit Jahren zur Aufgabe, einen wirklich reellen,

dauerhaften Lack herzustellen, welcher

schnell anzieht, schnell trocknet und sehr

haltbar ist; es ist mir dies nun voll-

ständig gelungen und kann so daher

mit gutem Gewissen meinen neuen Del-

Kautschuk-Lack zum Anstrich der

Fußböden empfehlen. Derfelbe trock-

net in circa 2 Stunden hart, dient nach

zweimaligem Anstrich auf rohem Holz

vollständig und hinterlässt einen schönen,

gegen Nässe stehenden Glanz. Preis

pro Pfund 12 Sgr. nebst Gebrauchs-

anweisung.

Barbenwarenhandlung u. Lackfabrik von

C. F. Dehniße, Berlin.

In Posen ist mein Fabrikat bei Hrn.

Adolph Asch zu haben.

Erdbeeren-Bowle,

aus frischen Erdbeeren, empfehlen

W. F. Meyer & Co.

frische Spezialitäten und Speiseal-

empfiehlt C. Beppich,

Sapieba, Platz. Nr. 7.

Gebirgs-Himbeersaft,

vorzügliche Qualität, offeriert den Netto-Etr.

aus hier bei Entnahme von nicht unter 5 Etr.

zu 16% Thlr. und darunter bis 1 Etr. zu

17 Thlr. per Comptant.

Louis Heilborn

in Breslau

zu den am 9. u. 10. Juni d. J. stattfindenden

Ziehungen der Prz.-Frankfurter Lotterie

mit Gewinne und Prämien.

1 Million 780,920

Gulden,

eingetheilt in solche von

Gulden 200,000; ob 2 à 100,000;

50,000; 25,000; 20,000; 15,000;

12,000; 10,000; 6000; 4000; u.s.f.

nebst 7600 Freilose verlassen das ganze

Loose à Thlr. 3. 13, ½ à Thlr. 1. 22, ¼ à 26 Sgr. Diese Lose bitte

nicht mit Anteilslosen zu verwechseln,

sondern ein jeder bekommt das vom

Staate eigenhändig ausgesetzte Original-Los verfolgt, welches zu allen

seinen Begehrungen die volle Einlage in sich

